Zur Nationalen Frage Seite 6

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 32 vom 10. August 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

DIE MAUER MUSS WEG!

DEUTSCHLAND DEM DEUTSCHEN VOLK!

Entsetzt und empört sahen am 13. August 1961 die Werktätigen in Ost- und Westberlin, wie mitten in Berlin eine meterhohe, stacheldrahtverhauene Mauer hochgezogen wurde. Schwerbewaffnete Soldaten richteten ihre Gewehre gegen jeden, der sich auch nur der Absperrung näherte. Anstelle von roten Spruchbändern für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und den Sozialismus – Stacheldrahtverhau, eine Mauer, Gewehre, die sich gegen die Werktätigen richten.



Für viele wurde an diesem Tag zum ersten Mal klar, daß sich der erste stolze Arbeiter- und Bauernstaat in ein Gefängnis für die Werktätigen, in eine bürgerliche Diktatur verwandelt hatte. Aber die Mauer signalisiert nicht nur den Verrat der Ulbricht und Honecker am Sozialismus, sie dokumentiert gleichzeitig ihren nationalen Verrat. Vom Tag des Mauerbaus an wurde zunehmend klarer, daß das deutsche Volk ein einiges, unabhängiges und sozialistisches Deutschland nicht nur gegen den westdeutschen Imperialismus, sondern auch gegen die neue Bourgeoisie in der DDR, nicht nur gegen den US-Imperialismus, sondern auch gegen den sowjetischen Sozialimperialismus erkämpfen muß.

Die westdeutschen Imperialisten haben nach dem 2. Weltkrieg die deutsche Nation gesprengt. Sie haben einen Teil Deutschlands an die US-Imperialisten verschachert, weil sie darin die einzige Möglichkeit sahen, wenigstens in einem Teil Deutschlands ihre kapitalistische Herrschaft zu erhalten. Solange die DDR ein sozialsitisches Land war, hat sie gegen die unrechtmäßige Besetzung Deutschlands, gegen die unrechtmäßige Teilung Deutschlands gekämpft.

Nach ihrem Verrat am Sozialismus aber verkaufte die neue Bourgeoisie die Souveränität der DDR an die sowjetischen Sozialimperialisten und ließ zu, daß bei dem Vertrag Bonn-Moskau die Forderung nach der völkerrechtlichen Anerkennung durch die westdeutschen Imperialisten unter den Tisch fiel. Sie schämte sich nicht, auf einmal zu verkünden, es gäbe jetzt eine „sozialistische" und eine kapitalistische Nation. Diese Theorie der „zwei deutschen Nationen", die eilfertig auch von den modernen Revisionisten der D'K'P übernommen wurde, dient einzig und allein dem Zweck, die Besetzung der DDR durch die sowjetischen Sozialimperialisten und ihre Einbeziehung in den aggressiven Warschauer Pakt zu rechtfertigen. Sollten die sowjetischen Sozialimperialisten sich eines Tages stark genug fühlen, dem US-Imperialismus auf dem Wege des imperialistischen Krieges seine Vorherrschaft über Westeuropa streitig zu machen, dann werden sie allerdings nicht zögern, die Flagge der „Einheit der Nation" zu hissen. Heute ist es noch nicht so weit. Heute sind beide Supermächte und – aus Angst vor einer revolutionären Erhebung der Arbeiterklasse der DDR – auch die neue Bourgeoisie in der DDR, am Fortbestand der Teilung Deutschlands interessiert.

Es sind die westdeutschen Imperialisten, die demagogisch den Wunsch des deutschen Volkes nach Einheit für ihre nie aufgegebenen revanchistischen Ziele mißbrauchen. Aber weder die Arbeiterklasse in der DDR noch die Arbeiterklasse in der deutschen Bundesrepublik wünscht ein solches imperialistisches Deutschland.

Das deutsche Volk wünscht die nationale Einheit. Aber es strebt nach einem Deutschland, in dem die Arbeiterklasse weder von einer neuen, noch von einer alten Bourgeoisie unterdrückt wird. Es weder abhängig von der einen noch von der anderen Supermacht ist. **Die Voraussetzung dazu ist die sozialistische Revolution in beiden Teilen Deutschlands, die Vertreibung der Besatzer aus Ost und West. Auf der Grundlage der Diktatur des Proletariats in der DDR und in der deutschen Bundesrepublik wird sich das deutsche Volk ein friedliebendes, sozialistisches Deutschland schaffen, wie es als Freund der Völker der Welt und zum Schrecken aller Imperialisten bereits einmal in einem Teil Deutschlands errichtet wurde. In einem solchen vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland wird die Schandmauer in Berlin der Geschichte angehören und an ihrer Stelle die rote Fahne der Diktatur des Proletariats wehen.**

Hände weg vom ROTEN MORGEN!

Der ROTE MORGEN Nr. 30 und 31 ist für das ganze Bundesgebiet beschlagnahmt worden. Die Gründe: der offene Brief des Genossen Schubert, Verleger des ROTEN MORGEN, sowie die Artikel, in denen geschrieben steht, daß die Polizei unseren Genossen Günter Routhier und den Mannheimer Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko ermordet habe. In Dortmund wird ein Stand der Partei von der Polizei überfallen, einige Exemplare des ROTEN MORGEN nimmt sie mit, einen Beschlagnahmebefehl bekommen die Genossen nicht zu sehen. In Bielefeld werden von der Polizei 130 ROTE MORGEN beschlagnahmt. Der Duisburger Polizeipräsident fühlt sich besonders beleidigt. Er will eine weitere Klage wegen angeblicher Verleumdung erheben.

Damit sind von den letzten sieben Ausgaben des ROTEN MORGEN fünf Nummern sowie das Extrablatt über den Trauerzug und die Beerdigung des Genossen Günter beschlagnahmt worden. Ihre Verbreitung ist im ganzen Bundesgebiet verboten und wird bestraft. Der Genosse Schubert wird mit Ermittlungsverfahren und Strafbefehlen geradezu überhäuft. Das alles ist fast schon ein Verbot des ROTEN MORGEN überhaupt.

Die Verfolgungskampagne der Bourgeoisie gegen das Zentralorgan der KPD/ML zeigt auf der einen Seite, daß die Bourgeoisie selber nur zu genau weiß, wie ihre Polizeibüttel mit dem Kommunisten Günter verfahren sind. Deshalb haben sie Angst vor dieser Wahrheit, vor allem aber davor, daß über diese Gestapo-Methoden der Polizei immer breiteren Teilen der Werktätigen sich die Augen öffnen über den wahren, den brutalen Unterdrückungscharakter dieses Staates, hinter dessen „demokratischer" Fassade sich die nackte Diktatur der Bourgeoisie vergeblich verstecken möchte. Der ROTE MORGEN hat die Wahrheit über unseren Genossen Günter, über Hans-Jürgen Remiszko berichtet, hat zum Kampf mobilisiert und Tausende sind dem Ruf der Partei gefolgt. Denn **„Was im ROTEN MORGEN steht, sind Tatsachen, die Paragraphen nicht aus der Welt schaffen können"**, hatte Genosse Schubert geschrieben.

Aber die Verfolgung durch die Bourgeoisie richtet sich vor allem gegen den ROTEN MORGEN als Zentralorgan der KPD/ML. Der Angriff auf den ROTEN MORGEN soll gleichzeitig ein Stoß ins Herz der Partei sein, ein Angriff auf den

Fortsetzung auf Seite 7

Stahltarifrunde

Krisendemagogie darf uns vom Kampf nicht abhalten

Fristgerecht zum 15. Oktober werden die Stahltarifverträge für NRW gekündigt. Dies haben die IGM-Bonzen frühzeitig bekanntgegeben, mit dem Hinweis, die Kollegen hätten damit genug Zeit, über die Lohnforderungen zu diskutieren.

Die Arbeiter in den Stahlwerken diskutieren schon lange, sie fragen sich vor allem: Wie soll es weitergehen? Die Teuerung frißt den knappen Lohn, in den anderen Industriebranchen, in der Metallverarbeitung, bei Opel oder VW Kurzarbeit und Entlassungen, zehntausende von Metallern sind allein in den letzten Monaten entlassen worden, über 200 000 mußten kurzarbeiten. Die Pleiten in der Textil- und Bauwirtschaft. Wie lange ist uns Stahlwerkern der Arbeitsplatz noch sicher?

Bundeskanzler Schmidt hatte sogar die Frechheit, bei einer Rede vor Mannesmannarbeitern offen zu sagen: „Die Werktätigen Deutschlands müßten lernen, mit der Krise zu leben." Mit anderen Worten, wir sollen Kurzarbeit und Entlassungen hinnehmen.

Die Kapitalisten drohen: Wer angesichts der schwierigen Lage der Wirtschaft keine maßvollen Lohnforderungen stelle, der bringe sich selbst um seinen Arbeitsplatz. Auf die Streikkämpfe des letzten Jahres anspielend, drohen sie weiter, daß der Streik nach geltendem Arbeitsrecht, wenn er nicht als letztes Mittel des „Interessenausgleichs" und nicht vom Gewerkschaftsapparat geführt werde, illegal sei.
Vor den „Kampfmaßnahmen" der Gewerkschaftsführung haben die Kapitalisten offensichtlich keine Angst.

Vom Gewerkschaftsapparat droht den Kapitalisten keine Gefahr. Dieser war nie eine Kampforganisation der Arbeiterklasse. Mit seiner klassenversöhnlerischen Poli-

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt:

Ernst Thälmann – Kämpfer gegen den Revisionismus .... S. 2
Umweltschutzamt in Westberlin ...... S. 2
Holländische und deutsche Bauern gegen EG-Monopole .... S. 2
Kampf der Entlassung des kommunistischen Betriebsrats! .... S. 3
Kapitalistische Schulen – Klassenschulen .... S. 4
Salmonellenerkrankung in Kinderhort .... S. 4
Spinolas politische Lösungen zerschlagen .... S. 5
Französische Marxisten-Leninisten unterstützen den Kampf der Bauern .... S. 5
Griechenland: Das Volk kämpft für Unabhängigkeit und Volksherrschaft .... S. 5
Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! .... S. 6
Verhindert den Schreibtischmord an Sascha Haschemi! .... S. 7
Anklageschrift gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert .... S. 7
Gespräch mit einem Rentnerehepaar aus der DDR .... S. 7
Gespräch mit einem Vertreter der FRAP-Führung .... S. 8
Rettet das Leben der 4 spanischen Kommunisten! .... S. 8

Vor 30 Jahren im KZ ermordet

Thälmann kämpfte unerbittlich gegen den revisionistischen Verrat

18. August 1944: Im KZ Buchenwald ermorden die Hitlerfaschisten den größten Sohn und Führer der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann. Dieser heimtückische Mord zeigt die ganze Angst der Faschisten, deren naher Untergang im Sommer 44 sich überall abzeichnet, vor der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Ihre Angst vor einem Mann, der für Millionen zum Symbol des Kommunismus geworden war, für dessen Befreiung die Proletarier aller Länder gekämpft hatten. Ihre Angst vor einem unbeugsamen Kämpfer für den Sozialismus, den 12-jährige Isolationshaft, den Folter und Todesdrohung nicht beugen konnten. Denn auch im Kerker konnten sie die Stimme Thälmanns nicht zum Schweigen bringen. Niemals wagten sie, Thälmann den Prozeß zu machen.



Ernst Thälmann an der Spitze der Roten Marine, 1927.

Mit Ernst Thälmann verlor die deutsche Arbeiterklasse ihren besten Sohn, einen unermüdlichen Kämpfer für die sozialistische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats, einen Vorkämpfer gegen jeden Verrat am Marxismus-Leninismus.

Dies vor allem machte Genossen Thälmann zum Führer der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Kommunistischen Partei: das unerschütterliche Festhalten am Marxismus-Leninismus, der erbitterte Kampf gegen den Verrat der Sozialdemokratie, gegen alle revisionistischen und „linken" Abweichungen in der KPD. Genosse Thälmann, der Schüler Lenins und Kampffreund Stalins, hat diesen Kampf Zeit seines Lebens geführt: als Jungarbeiter in der SPD vor dem I. Weltkrieg, als Mitglied der USPD im Kampf um die Gründung der Kommunistischen Partei nach dem Vorbild der KPdSU (B), als Führer der KPD im Kampf gegen die bürgerliche Diktatur, gegen den drohenden Faschismus. Reform oder Revolution – das ist die Grundfrage im Werk Thälmanns.

Die modernen Revisionisten der D„K"P und der „S"EW versuchen heute, diese Tatsache mit allen Mitteln zu vertuschen. Sie geben sich als treue Gefolgsleute Thälmanns aus, und verraten ihn doch mit Fälschung und Lüge jeden Tag. Längst haben sie Thälmanns Vermächtnis, das Festhalten an der bewaffneten Revolution, an der Diktatur des Proletariats, über Bord geworfen.

Sie versuchen, Ernst Thälmann für sich in Anspruch zu nehmen, indem sie sich auf Thälmanns unerschütterliche Treue zur Sowjetunion Lenins und Stalins berufen. Häufig verweisen sie dabei auf ein Zitat, in dem Ernst Thälmann die Stellung zur Sowjetunion als die entscheidende Frage bezeichnet. Wer aber den vollen Wortlaut des betreffenden Zitats aus einer Rede, die Genosse Thälmann auf dem VII. erweiterten Plenum des EKKI hielt, kennt, wird den demagogischen Trick der Revisionisten sofort durchschauen: **„Die entscheidende Frage für die internationale Arbeiterbewegung ist die Stellung zur proletarischen Diktatur in der Sowjetunion. Hier scheiden sich die Geister und müssen sich scheiden. Die Haltung zur Sowjetunion entscheidet auch über die Frage, zu welchem Lager man in den Fragen der deutschen Politik gehört, zum Lager der Revolution oder zum Lager der Konterrevolution."**

Die Stellung zur Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion ist allerdings entscheidend. Wer wie die D„K"P-Revisionisten die Zerschlagung der Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion durch die Verräter um Chruschtschow, Kossygin und Breschnew bejubelt, der gehört zum Lager der Konterrevolution. Wer dagegen wie die chinesischen und albanischen Genossen, wie unsere Partei das Erbe Lenins und Stalins verteidigt und die neuen Zaren im Kreml schonungslos bekämpft, der steht im Lager der proletarischen Revolution, der kämpft im Sinne Ernst Thälmanns.

Niemals aber ist Genosse Thälmann von dem Ziel der Errichtung der Diktatur des Proletariats abgerückt. 1923, als die Arbeiterklasse überall in Deutschland aufstand im Kampf um die sozialistische Räterepublik, da stand Ernst Thälmann mit Hamburgs Arbeitern auf den Barrikaden und bekämpfte schonungslos den Verrat rechter Elemente in der Partei, die parlamentarische Illusionen verbreiteten, den Kampf verrieten. Nach der Niederschlagung des Aufstandes war es Genosse Thälmann, der im Kampf gegen diese rechten Verräter die Lehren des Hamburger Aufstandes zog: die weitere Bolschewisierung der KPD. Beim Aufbau der RGO, bei der Schmiedung der antifaschistischen Einheitsfront – überall kämpfte Thälmann für die revolutionäre Linie, gegen den Verrat der revisionistischen Sozialdemokratie. Niemals hieß seine Losung „Faschismus oder bürgerliche Demokratie", wie die D„K"P-Häuptlinge heute behaupten. **Thälmann zeigte der deutschen Arbeiterklasse, dem deutschen Volk die Alternative: „Faschismus oder Bolschewismus!" Und er betonte: „Diese Frage wird nicht mit einer parlamentarischen Abstimmung, wird nicht mit einer Reichstagswahl, wird nicht mit dem Stimmzettel entschieden."** Immer wieder hob Genosse Thälmann in seinen Schriften, seinen Reden hervor, daß jeder Tageskampf, jede Beteiligung der KPD am Parlament, jede Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen, diesem Ziel dienen müsse: der Schmiedung der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse mit dem Ziel des Sozialismus. „Heran an den Staat", schrieb er 1930 in **„Wir stürmen für Sowjetdeutschland", „nicht wie die Nazis und Sozialdemokraten und alle anderen bürgerlichen Parteien wollen, um an die Futterkrippe zu kommen, sondern ‚Heran an den Staat', in der gegebenen Situation, um seine morschen Säulen umzustürzen und die proletarische Diktatur aufzurichten, die einzige Staatsform, in der die proletarische Demokratie herrscht!"**

„Thälmann ist niemals gefallen, Stimme und Faust der Nation", heißt es im Arbeiterlied. Thälmanns Stimme, den Marxismus-Leninismus, konnten die Faschisten nicht zum Schweigen bringen. Sie lebte fort im unbeugsamen Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die Hitlerdiktatur, im Kampf der KPD nach dem Krieg gegen die Teilung Deutschlands und die Wiedererrichtung der bürgerlichen Diktatur in den Westzonen, im Kampf unserer Klassenbrüder in der DDR um den Aufbau eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden. Und heute, wo die modernen Revisionisten der D„K"P und „S"EW das Vermächtnis Thälmanns in den Staub treten, hat unsere Partei die rote Fahne der proletarischen Revolution erneut emporgehoben, setzt sie die Tradition der revolutionären KPD Thälmanns fort.

Vorwärts im Geiste Thälmanns zur sozialistischen Revolution!

Bundesumweltschutzamt - Provokation des westdeutschen Imperialismus

Gespräch mit dem Landesvorsitzenden der KPD/ML in Westberlin

Nachdem die DDR auf das aggressive Manöver der westdeutschen Imperialisten, in Westberlin ein Umweltbundesamt zu errichten, mit Befragungen von verschiedenen Reisenden nach Westberlin und der Durchreiseverweigerung für einen leitenden Beamten des Umweltbundesamtes geantwortet hat, haben die westdeutschen Imperialisten eine wilde Hetzkampagne in der bürgerlichen Presse entfacht. Sie, die mit der Errichtung des Umweltbundesamtes einen weiteren Schritt unternehmen, um die Position Westberlins als Pfahl im Fleisch der DDR auszubauen, werfen der DDR vor, sie greife die Rechte der Bundesrepublik an, provoziere und so weiter und so fort.

Die Bundesrepublik beruft sich dabei auf das Viermächteabkommen über Westberlin und das Zusatzabkommen über die Transitwege. Dieses Abkommen selbst ist allerdings nichts als ein imperialistisches Komplott der beiden Supermächte zur zeitweiligen Abgrenzung ihrer Interessenssphäre in Europa, das die Souveränität der DDR, auf deren Territorium schließlich Westberlin tritt, mit Füßen tritt.

Auf genau dieses Abkommen berufen sich heute auch die sowjetischen Sozialimperialisten, wenn sie in dreister Weise davon sprechen, daß es jetzt darum gehe, „die legitimen Interessen der Sowjetunion und der DDR zu schützen". Davon zu sprechen, man habe „legitime Interessen" in einem Gebiet, das hunderte von Kilometern von der Sowjetunion entfernt liegt, das ist keine Verteidigung der souveränen Interessen der DDR, sondern ein offener Hohn auf sie.

Was sind die wirklichen Interessen der Bevölkerung Westberlins? Der ROTE MORGEN hat den Landesvorsitzenden der KPD/ML in Westberlin, Thomas Scheffer, gebeten, dazu Stellung zu nehmen.

RM: Wie steht die westberliner Arbeiterklasse zur Errichtung des Bundesumweltamtes?

Genosse Scheffer: Die westdeutschen Imperialisten haben sich große Mühe gegeben, von ihrem aggressiven Manöver abzulenken. So waren hier in Westberlin die Zeitungen voll von angeblichen Provokationen der DDR. Das war aber so großprotzig aufgezogen, daß fast jeder spürte, daß hier Stimmung gemacht werden soll. Das eine ist den meisten klar: mit der Errichtung des Bundesumweltschutzamtes hat sich die Lage Westberlins als „Frontstadt" verschärft.

RM: Was antwortet die KPD/ML den Arbeitern auf ihre Fragen nach den Schuldigen an der unsicheren Lage Westberlins?

Genosse Scheffer: Dieser Schritt jetzt ist eine erneute unverschämte Provokation des westdeutschen Imperialismus. Ganz offen wird hier – unter Ausnutzung des imperialistischen Viermächteabkommens – gegen den Sinn des Potsdamer Abkommens und damit gegen die Interessen des ganzen deutschen Volkes vorgegangen.

Die Alliierten versuchen sich jetzt als die „Beschützer" der Westberliner aufzuspielen. Die sowjetischen Sozialimperialisten behaupten, sie würden die Interessen der DDR vertreten. In Wirklichkeit geht es beiden Supermächten nur darum, ihre Hegemoniebestrebungen auf dem Rücken der Westberliner und auf dem Rücken des ganzen deutschen Volkes auszutragen.

Die „Berlinfrage" ist nicht durch imperialistischen Schacher zu lösen. Die Westberliner sind ein Teil des deutschen Volkes. Unser Volk ist heute durch die Schuld des Imperialismus in zwei Staaten geteilt. Die westberliner Bevölkerung sähe Berlin lieber heute als morgen wieder als die Hauptstadt eines einigen Deutschlands. Aber sie kann kein Interesse daran haben, sich durch den Anschluß an die deutsche Bundesrepublik für eine Wiedervereinigung auf imperialistischem, auf kriegerischem Wege mißbrauchen zu lassen. Westberlin liegt heute auf dem Territorium der DDR. Wann Westberlin wieder die Hauptstadt Deutschlands wird, hängt davon ab, wie schnell es der westberliner Arbeiterklasse, wie schnell es der Arbeiterklasse in der deutschen Bundesrepublik und in der DDR gelingt, in beiden deutschen Staaten die sozialistische Revolution durchzuführen, die Besatzertruppen zu vertreiben und ein vereintes, unabhängiges und sozialistisches Deutschland zu schaffen.

Deutsche und holländische Bauern

gemeinsam gegen EG- Monopole

Den seit Montag dieser Woche demonstrierenden holländischen Bauern schlossen sich am Freitag auch mehrere hundert deutsche Bauern an. Gemeinsam blockierten sie sieben deutsch-holländische Grenzübergänge mit ihren Traktoren. Dies ist ein neuer Höhepunkt der spontanen Kampfaktionen der Klein- und Mittelbauern der EG-Länder gegen die Ausplünderung durch die EG-Monopole. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, daß es den Imperialisten nicht gelingen wird, die Bauern der EG-Länder gegeneinander aufzuhetzen, sondern daß die Klein- und Mittelbauern, egal welchen Landes, in ihrem Kampf gegen das Bauernlegen, gegen Ruin und Elend Seite an Seite stehen.



Deutsche und holländische Trecker blockierten die Grenzübergänge

Während die Masse der Bauern immer deutlicher erkennt, daß ihr Feind die Monopole der EG, der imperialistische Staat sind, entlarven sich die reaktionären Führer des Bauernverbandes immer wieder als Interessenvertreter der Imperialisten.

So konnte der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Freiherr von Heeremann, in einem kürzlich gegebenen Fernsehinterview, in dem er zwar „scharfe Kritik" an der deutschen und europäischen Agrarpolitik vorbrachte, auch nicht vertuschen, daß der DBV voll hinter den Verträgen von Rom, dem Zusammenschluß der Monopole in der EG und damit hinter der Politik des Bauernlegens steht.

Vergeblich versuchen sie mit ihrem Gerede von „Wir sitzen alle in einem Boot", „Keine Zersplitterung der Kräfte innerhalb des Verbandes", „Solidarität des Berufsstandes", die Klassengegensätze unter den Bauern zu vertuschen und den Kampf der Bauern für ihre kapitalistischen Interessen auszunutzen.

Der Widerstand der Bauern gegen die Verbandsführung wird immer größer. Nur mit Mühe schafften es die Führer des DBV, auf einer kürzlich stattgefundenen Bauernkonferenz, den von den Bauern geforderten zentralen Marsch auf Bonn zu verhindern. Sie fürchten nichts mehr als die Kämpfe der Bauern.

Die Klein- und Mittelbauern schließen sich im Kampf gegen die Ausplünderung durch die EG immer enger zusammen, das zeigt die gemeinsame Demonstration der deutschen und holländischen Bauern.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Gernot Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 - 466; Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert) Tel 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Karin Wagner, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement 25,- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung auf eines unserer obenstehenden Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

MANDRUCK MÜNCHEN

"...weil die Geschäftsleitung in mir einen 'Drahtzieher' des Widerstands sieht..."

Seit dem 29. 5. versuchen die Bruckmann-Kapitalisten, den kommunistischen Betriebsrat Hermann Heiner zu entlassen. Das Münchner Arbeitsgericht hatte geglaubt, seine Entlassung in einer halben Stunde perfekt machen zu können. Aber die Solidarität der Belegschaft und des Betriebsrats, das mutige Auftreten des Genossen Heiner und der Kampf der Partei machten den Münchner Druckkapitalisten und dem bürgerlichen Klassengericht einen Strich durch die Rechnung. In die Defensive gedrängt mußte das Arbeitsgericht sich auf Oktober vertagen. Der kommunistische Betriebsrat Hermann Heiner bleibt weiter im Betrieb.

Wie wir bereits im Roten Morgen berichteten, ist die Münchner Offset-Druckerei Mandruck, nachdem sie vom Druckereikonzern Bruckmann aufgekauft worden war, von den Bruckmann-Kapitalisten systematisch ausgeplündert worden, indem die entscheidenden Produktionsanteile ins Bruckmann-Stammhaus eingegliedert wurden. Für die Mandruck-Kollegen bedeutete die Übernahme durch Bruckmann völlige Unsicherheit, Lohneinbußen und verschärfte Rationalisierung. Genosse Heiner stellte in der Arbeitsgerichtsverhandlung, bei der 25 Kollegen, Freunde und Genossen den Verhandlungsraum bis zum letzten Platz füllten, klar, warum er entlassen werden soll: **„In meinem Fall dagegen hält die Geschäftsleitung eine Kündigung für unbedingt notwendig, weil sie in mir einen ‚Drahtzieher' des Widerstands des Betriebsrats und der Belegschaft gegen die rücksichtslosen Rationalisierungspläne des Bruckmann-Konzerns sieht. In der Tat habe ich als Betriebsrat und Kommunist meine Aufgabe darin gesehen, vor allem die Interessen meiner Kollegen konsequent zu vertreten und den Betriebsrat zu unterstützen."**

Dem Versuch der Bruckmann-Kapitalisten, den Betriebsrat Hermann Heiner zu entlassen, war ein Ausschlußverfahren vorausgegangen, daß die Münchner IG Druck & Papier vor allem auf Betreiben der D„K"P-Revisionisten und mit Unterstützung des neorevisionistischen Münchner „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD" beim Hauptvorstand beantragt hatte. Von den 70 organisierten Kollegen bei Mandruck unterschrieben 62 eine Protestresolution gegen den geplanten Gewerkschaftsausschluß ihres Betriebsrats. Die Klassensprecherversammlung der Berufsschule protestierte ebenfalls. Einen offenen Brief, den Genosse Heiner wegen seines geplanten Gewerkschaftsausschlusses im Betrieb verteilt hatte, wollten die Bruckmann-Kapitalisten zum Anlaß nehmen, ihn wegen „Störung des Betriebsfriedens" und des Versuches „parteipolitischer Beeinflussung" zu entlassen. Aber der Betriebsrat verweigerte dieser Entlassung einstimmig die Zustimmung. Nachdem Genosse Heiner kurz die Zusammenarbeit des Gewerkschaftsapparates mit den Kapitalisten anhand seines Falles dargestellt hatte, ging er auf den Vorwurf der „Störung des Betriebsfriedens" ein.

„Als Kommunist habe ich nie ein Hehl aus meiner Auffassung gemacht, daß es unter kapitalistisch-imperialistischen Verhältnissen einen „Betriebsfrieden" ebensowenig geben kann wie überhaupt einen Frieden. Wie kann es zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Unterdrückern und Unterdrückten Frieden geben? ... Der durch das BVG erzwungene „Betriebsfrieden" soll bewirken, daß Betriebsrat und Belegschaft an einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen gehindert werden. So erweist sich das BVG wie alle anderen Gesetze als Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiterklasse.

Die Verhältnisse in der Fa. Mandruck zeigen, wie ein „Betriebsfrieden" a la BVG aussieht... Die Geschäftsleitung versuchte, ihre Interessen rücksichtslos und notfalls unter Verletzung des BVG durchzusetzen. Sie legte dem Betriebsrat mehrmals nahe, auf bestimmte Rechte aus dem BVG zu verzichten; dann könne man besser miteinander auskommen... Der Betriebsrat war schließlich gezwungen, in seiner etwas mehr als 2-jährigen Amtszeit mehr als 20 Mal das Arbeitsgericht anzurufen. Alle bisher beendeten Verfahren bestätigten derart offensichtliche Gesetzesverstöße, daß das Gericht sich gezwungen sah, zu unseren Gunsten zu entscheiden." (Genosse Heiner verlangt die Hinzuziehung aller diesbezüglichen Akten und fährt fort): „Auch die Rechenschaftsberichte des Betriebsrates zeigen, daß ein ‚Betriebsfrieden' in der Fa. Mandruck überhaupt nie bestanden hat. Die Geschäftsleitung setzt gerade jetzt ihren Krieg gegen die Belegschaft fort: Abbau ‚sozialer Leistungen', Ankündigung, daß tarifliche Lohnerhöhungen künftig angerechnet werden können u. a. ...

Genosse Heiner machte klar, daß die sogenannten Arbeitsgerichte keineswegs „klassenneutrale Schiedsstellen", sondern bürgerliche Klassengerichte sind, die im Auftrag und im Interesse der bürgerlichen Klassengerichte urteilen.

Zu dem „Vorwurf" der versuchten „parteipolitischen Beeinflussung" zeigte Genosse Heiner auf, daß keineswegs jede Parteipolitik im Betrieb verboten sei. Vielmehr sei jede Parteipolitik im Interesse der Kapitalisten ausdrücklich erwünscht, selbst wenn sie, wie ein Brandt-Auftritt bei BMW, zu Tumulten und Protesten unter der Belegschaft und zu Schlägereien zwischen Arbeitern und Werkschutz führen würden. Genosse Heiner führte weiter aus: **Insbesondere richtet sich das Verbot „parteipolitischer Betätigung" gegen Kommunisten und andere klassenkämpferische Arbeiter, wie die einschlägige Rechtssprechung des Bundesarbeitsgerichts zeigt. Gegen Kommunisten deshalb, weil sie am entschiedensten gegen Ausbeutung und Unterdrückung durch die Kapitalistenklasse kämpfen."**

Genosse Heiner wies darauf hin, daß seine geplante fristlose Entlassung nur ein kleiner Bestandteil der allgemeinen Faschisierungsmaßnahmen ist, mit der die Kapitalistenklasse den wachsenden Kämpfen der Arbeiterklasse Herr zu werden versuche.

Die Anwälte der Bruckmann-Kapitalisten versuchten – in die Defensive gedrängt – anzuführen, daß die „allgemeine Lebenserfahrung" für eine Störung des Betriebsfriedens spreche, außerdem könne die Geschäftsleitung nicht zulassen, daß ihr „Verhandlungspartner Gewerkschaft" derartig angegriffen und die „Einheitsgewerkschaft gefährdet" werde.

Die Vertagung, die dann auf Antrag der Bruckmann-Anwälte erfolgte, bedeutet zwar eine Verschnaufpause für Bruckmann, vor allem aber ist es gelungen, die Bruckmann-Kapitalisten und die Klassenjustiz in die Defensive zu drängen. Die Solidarität der Kollegen und des Betriebsrates, das konsequente Auftreten des Genossen Heiner und der Kampf der Partei machten diesen Erfolg möglich.

Der kommunistische Betriebsrat ist weiterhin jeden Tag im Betrieb, auch wenn die Kapitalisten sich weigern, ihm Arbeit zu geben und ihm immer wieder „anbieten", er könne zu Hause bleiben. Über dieses Vorgehen der Bruckmann-Kapitalisten sind die Kollegen äußerst empört. Sie stehen hinter ihrem Betriebsrat, der am Schluß seiner Ausführungen vor dem Arbeitsgericht erklärte: **„Ich jedenfalls werde mich nicht einschüchtern lassen und alle Möglichkeiten wahrnehmen, um meinen Arbeitsplatz zu behalten und meine Betriebsratsarbeit fortzusetzen."**



„Sie taten nichts gegen die Schmerzen..."

Ich bin Chemie-Arbeiter bei Bayer in Wuppertal-Elberfeld. Vor zwei Wochen hatte ich während der Nachtschicht einen Unfall. Mir schoß aus einem Glaskolben eine ätzende Lösung (Insektengift) ins Gesicht und auf die linke Körperhälfte.

Sofort suchte ich nach einer Augenspülflasche, um das linke Auge erst einmal selbst mit Wasser auszuspülen. Die ersten beiden Flaschen funktionierten überhaupt nicht und so rief ich nach dem Vorarbeiter, der sich auf der selben Etage befand. Während dieser nach neuen Spülflaschen suchte, riß ich mir die Arbeitssachen vom Leibe. Ich spülte dann das Auge mit den Flaschen, die der Vorarbeiter mir brachte.

Nach ungefähr 10 Minuten kam der Krankenwagen, der mich in die betriebseigene Poliklinik brachte. Dort mußte ich duschen, das Auge wurde jetzt noch einmal provisorisch gereinigt und dann ging es zur Augenklinik, die sich in einem anderen Stadtteil befindet. Ich hatte den Eindruck, mich auf einer nächtlichen Spazierfahrt zu befinden und nicht in einem Unfallwagen.

Als wir dann schließlich doch noch ankamen, erfuhr ich erst richtig, was es heißt, einen Unfall gehabt zu haben und als Arbeiter auf die Hilfe von Ärzten angewiesen zu sein. Zuerst suchten wir einmal die richtige Station. Dann mußten wir die Nachtschwester rausklingeln, die wiederum den Arzt, der mich behandeln sollte, aus dem Bett holen. Nach ungefähr 10 Minuten erschien dieser dann auch, aber ziemlich mürrisch. Er untersuchte noch einmal das verletzte Auge. Ich mußte dabei in einen sehr hellen Lichtstrahl blicken, was mir viel Mühe bereitete, da ich das Auge kaum offen halten konnte. Der Arzt fuhr mich deshalb ziemlich unverfroren an. Ich erklärte ihm, daß ich ja schließlich verletzt sei und starke Schmerzen habe. Er solle doch bitte Rücksicht darauf nehmen und ein bißchen vorsichtiger behandeln. Das machte den Arzt nur noch wütender und er zeigte mir das auch. Ich sollte, während er das Auge noch einmal spülen wollte, eine Schale ans Gesicht halten, in die die Spüllösung abfließen konnte, mit der er das Auge reinigte. Als ich dies nicht schaffte, rief er nach dem Sanitäter, der mich in die Klinik gebracht hatte und tat so, als wäre ich zu blöd, um die Schale zu halten. Zwischendurch fragte ich ihn immer wieder, was denn jetzt mit der Verletzung sei, bekam aber nie eine Antwort. Nach der Spülung schmierte er mir ein bißchen Salbe ins Auge und schickte mich mit den Worten nach Hause, ich solle heute nicht mehr arbeiten gehen und morgen wiederkommen. Am Morgen erschien ich in der Klinik, wurde genauso behandelt wie in der Nacht und wieder heimgeschickt.

Da nicht nur das Auge verletzt war, sondern auch die ganze Gesichtshälfte, wies ich die Ärzte auch darauf hin: sie sollten doch auch die verätzte Haut behandeln. Beide Ärzte taten so, als hätten sie das übersehen oder vergessen. Danach fuhr ich zu meiner Mutter, die in einer anderen Stadt lebt.

Die Schmerzen wurden immer unerträglicher und ich konnte das gesunde Auge auch nicht mehr öffnen. Ich war fast blind.

Einem anderen Kollegen hatten die Ärzte beide Augen verbunden und ohne ihm ein Taxi zu bestellen oder ihn sonst irgendwie nach Hause zu bringen, weggeschickt. Er mußte dann auf der Straße hilflos Passanten anbetteln, daß sie ihm ein Taxi bestellen.

Als ich abends gegen 8 Uhr die Schmerzen nicht mehr ertragen konnte, führte meine Mutter mich (sehen konnte ich gar nichts mehr) ins dortige Krankenhaus. Von dort schickte man mich zum Unfallarzt, der wieder woanders wohnte. Hier wurde ich dann endlich richtig behandelt. Er verband mir beide Augen, damit sie zur Ruhe kommen, gab mir sehr starke Tabletten gegen die Schmerzen und erklärte mir auch, daß die Hornhaut verätzt sei und sich erst wieder zurückbilden müßte.

3 Tage konnte ich nichts sehen, weil beide Augen verbunden sein mußten. Die Ärzte in der Klinik behandelten mich als wäre alles eine Bagatelle, taten nichts gegen die Schmerzen und ließen mich praktisch blind auf die Straße gehen.

„Das könnte euch so passen..."

In fast allen Betrieben beschweren sich Kollegen über die schlechte ärztliche Versorgung. Bei HDW in Kiel kommen zum Beispiel auf 4 500 Kollegen eine Ärztin und zwei Sanitäter. In vielen Betrieben fehlt ein ständig erreichbarer Betriebsarzt völlig. Unter diesen wenigen Ärzten und Schwestern sind dazu noch eine ganze Reihe, die sich als rechte Hand der Geschäftsleitung verstehen und nicht daran denken, sich um die Gesundheit der Kollegen zu kümmern.

Über den Fall einer solchen Schwester schreibt „Der Rote Gartenfelder", die Betriebszeitung der KPD/ML bei Siemens-Gartenfeld in Westberlin. „Dieses Mal geht es um die Krankenschwester im HBW. Sie zeichnet sich, vor allem gegenüber unseren ausländischen Kollegen, durch besonders unfreundliches Auftreten aus. Man muß schon sagen, wir sind für sie keine richtigen Menschen. Für ihre Erste-Hilfe-Behandlung nur einige Beispiele:

Ein Kollege, der sich bei der Arbeit eine Platzwunde am Kopf holte, ging zur Schwester, aber sie war während ihrer Arbeitszeit überhaupt nicht anwesend! Hatte aber auch keine Nachricht hinterlassen, wo sie zu erreichen sei! Als er mit blutendem Kopf beim Arzt ankam, steckte eine Assistentin den Kopf aus der Tür, schloß sie aber sofort wieder zu. Nach einer Weile kam die Ärztin. Das erste, was sie von sich gab: „Wir schicken Sie aber deswegen nicht nach Hause!" Dies brauchen wir wohl nicht zu kommentieren. Hinzuzufügen wäre nur noch, daß die Schwester vom HBW beim Arzt saß und sich „einen" genehmigte.

Ein anderes Mal mußte eine Kollegin ihr erst kräftig Bescheid sagen, ehe sie überhaupt behandelt wurde. Die hatte sich zu Hause eine Schnittwunde geholt, die auf der Arbeit wieder durchblutete. Die Schwester meinte: „Das könnte euch so passen, daß ich auch noch das behandeln soll, was ihr euch zu Hause holt." ...

Kollegen, wir wissen, daß die meisten Unfälle und Verletzungen durch die hohe Stückzahl, den Akkord und die Arbeitshetze passieren. Deswegen muß unser Kampf in erster Hinsicht gegen die Arbeitshetze und den Akkord geführt werden. Die andre Seite aber ist, daß es ein Verdienst der Arbeiterbewegung ist, daß im Betrieb ärztliche Hilfe geleistet wird. Dies dürfen wir uns nicht wieder nehmen lassen. Deshalb müssen wir für die Forderung kämpfen:

Fortsetzung von Seite 1

Krisendemagogie darf uns vom Kampf nicht ...

tik der Reformen und der Mitbestimmung im Kapitalismus, arbeitet er als Instrument der Kapitalisten. So auch im Lohnkampf. Wenn die IGM-Führer Loderer und Mayr heute noch davon reden: „Die Steuerreform kann keine Auswirkungen auf unsere Tarifforderungen haben", oder „Die gute Ertragslage der Stahlindustrie wird ‚eine Rolle spielen' ", dann sind das nichts als Täuschungsmanöver, um nicht gleich bei den Kollegen verspielt zu haben. Wenn sich der Kampf zuspitzt, dann rücken sie offen damit heraus, daß wir „vernünftige Lohnforderungen" stellen müßten, die „der gesamtwirtschaftlichen Lage" Rechnung tragen. Ansonsten würden wir unsere Arbeitsplätze verlieren.

Eine besonders wichtige Rolle spielen für die Kapitalisten in verschärften Klassenauseinandersetzungen, auch bei Lohnkämpfen, die modernen Revisionisten von der D„K"P. Sie geben sich äußerst radikal und „antikapitalistisch". „Die Profite schwappen über, die Kapitalisten können zahlen – deshalb können wir auch fordern." Von der kapitalistischen Krisenwirtschaft keine Rede. Die wird von den Revisionisten verschwiegen. „Die Stahlindustrie bricht alle Gewinnrekorde", „Seit zwei Jahren steigen die Stahlpreise ums Vierfache" (UZ vom 31. Juli). Mit anderen Worten, wenn die Kapitalisten hohe Profite machen, dann stehen auch uns hohe Löhne zu – sonst wohl nicht? ! Im Grunde predigen sie uns nichts anderes als die Kapitalisten selber, nämlich daß wir auf deren Interessen und Möglichkeiten Rücksicht nehmen müßten.

So wie die Revisionisten den Kommunismus, den Kampf für die sozialistische Revolution verraten haben, so treten sie die Interessen der Kollegen auch in den Tageskämpfen mit Füßen. Sie fordern die Arbeiter auf, sich voll hinter den arbeiterfeindlichen, imperialistischen DGB-Apparat und dessen „Lohnraubforderungen" zu stellen.

Die Kollegen in den Stahlwerken werden sich fragen: hat es einen Sinn zu streiken, bringt das einen Erfolg, wenn ohnehin Kurzarbeit und Entlassungen anstehen, wenn die Kapitalisten sowieso die Produktion drosseln wollen? Macht es denen überhaupt etwas aus, wenn die Arbeit dann für ein paar Tage ruht?

Und ob das den Kapitalisten etwas ausmacht. Sie und ihre Handlanger bieten nicht umsonst ihre ganze Demagogie auf, uns den Kampf auszureden. Sie fürchten nichts mehr, als daß die Arbeiterklasse sich im Kampf zusammenschließt, daß sie gegen die Versuche, die Krise auf sie abzuwälzen, Widerstand leistet; vor allem daß sie mit jeder Kampferfahrung besser erkennt, daß sich im Kapitalismus die Interessen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse unversöhnlich gegenüber stehen und Ausbeutung und Lohnsklaverei nur durch den Sturz der Kapitalistenklasse endgültig beseitigt werden können.

Die Arbeiterklasse muß in jeder Situation den Kampf Klasse gegen Klasse führen, im Vertrauen auf ihre eigene Kraft und in dem Bewußtsein, daß Lohnkampf Machtkampf ist.

Revisionistisches

Schützenhilfe für Antikommunisten

In Dortmund besteht seit längerem eine Initiative für ein freies Jugendzentrum. Nachdem die „S"DAJ von Anfang an die revolutionäre Initiative der Jugendlichen bekämpft hat, gibt sich jetzt der „Kommunistische Jugendverband", die Jugendorganisation der GRF, alle Mühe, in ihre Fußstapfen zu treten. Seine Vertreter haben nicht einmal erklärt, daß es eine Illusion ist, wenn man glaubt, mit der Besetzung eines Hauses ein „freies" Jugendzentrum erkämpfen zu können. Im Gegenteil, sie haben die Jugendlichen offen verhöhnt, indem sie ihnen zum Beispiel solche „Kampfformen" empfahlen wie mit Bällen auf eine Strohpuppe zu werfen, die den verhaßten Jugendamtsleiter darstellt.

Aber sie gingen noch weiter. Bei solcher Politik konnte auch durch den Kampf der Roten Garde nicht verhindert werden, daß sich offene Antikommunisten in die Initiative einschlichen. Als diese in einer Zeitung des Jugendzentrums Stalin in einer Karikatur angriffen und ihn als „doof" bezeichneten, fanden die „K"SV-Vertreter nichts dabei. Gegen die Rote Garde, die beantragte, daß diese Zeitung nicht verkauft werden dürfe, erklärten sie: man müsse an das Bewußtsein der Massen über die Fehler Stalins anknüpfen und deshalb könne man das ruhig verkaufen...

Revisionistische Wahrheitsliebe

In verschiedenen bürgerlichen Zeitungen konnte man kürzlich über die „Reiseeindrücke" eines bekannten polnischen Schreiberlings, langjähriges Mitglied des Warschauer Parlaments, aus der deutschen Bundesrepublik lesen. Diese „Reiseeindrücke" wurden einen Monat lang als Serie in der polnischen Zeitschrift „tygodnik Powszechny" abgedruckt.

Kisielewski berichtet unter anderem über ein Gespräch mit Studenten, die ihn befragten über seine Haltung zum Thieu-Regime, zum Putsch in Chile, zum Regime in Griechenland. Kisielewski: **„Ich blieb bei der Wahrheit und antwortete, daß ich zu all diesen Dingen gar keine besondere Meinung hätte, da ich die Probleme nicht studiert hätte. Besonders sei ich hingegen an den Problemen meiner besonderen Ecke im östlichen Teil der Welt interessiert, wo, betrachte man die Dinge genau, gleichfalls einige Millionen Menschen leben."**

Kisielewski zur Springerpresse: **„Ich antwortete, daß mich die Springerpresse nicht anwidere, da ich sie nicht kenne, aber da man sieht, daß sie von Millionen gelesen wird, müsse man annehmen, sie biete etwas, was allgemein gebraucht werde; so sollte man auch dieses Problem sorgfältig und demokratisch studieren."**

Als die Studenten ihn schließlich aufforderten, den Frankfurter Ökonomen Professor Engels zu kritisieren (er propagiert die „freie Marktwirtschaft"), sagte ihnen Kisielewski, er **„könne auch dies nicht tun, weil Demokratie schließlich für alle da sein müsse, und warum sollte gerade er nicht sagen dürfen, was er dachte?"**

Kisielewski allgemein über die Deutschen: „Sie sind infantil und komisch, aber laßt sie, wie sie nun einmal sind."

Unmittelbar nach dieser Veröffentlichung erschien in der Warschauer „Polytyka" der Brief eines Lesers, der nach eigenen Angaben ebenfalls das „zweifelhafte Vergnügen" hatte, die „westdeutschen Linken" kennenzulernen. „Diese energischen jungen Leute", heißt es darin, „verbreiten Thesen voller innerer Widersprüche und möchten diese ohne Rücksicht auf die Folgen sogar in die Wirklichkeit umsetzen."

Schulkampf:

Kapitalistische Schulen sind Klassenschulen

Kurz vor den großen Ferien blieben die Klassenzimmer in mehreren Schulen in NRW leer. Gemeinsam mit ihren Eltern streikten die Schüler gegen die unerträglichen Verhältnisse an ihren Schulen. In Köln, Aachen und Düsseldorf wurde der Unterricht einen Tag lang boykottiert. Die Hertener Goethe-Schule, eine Grundschule, blieb drei Tage lang geschlossen. Die Streiks in NRW richteten sich gegen den Lehrermangel und die Schulraumnot. In Herten sollen z. B. die 6- bis 9-jährigen Kinder der Goethe-Schule mit Bussen auf mehrere andere Schulen in der Stadt verteilt werden.

Die kapitalistische Schule ist eine Klassenschule. Vor allem die Schulen in den Arbeitervierteln der Großstädte sind klein und alt, hier fehlen die meisten Lehrer. Viele dieser Schulen werden geschlossen, weil der Grund und Boden, auf dem sie stehen, von den Städten an Wohnungsbaugesellschaften verkauft wird. In Dortmund wird die Hauptschule Kielstraße abgerissen, die einzige Schule mitten in einem dichtbebauten Arbeiterviertel. Die Schüler werden auf andere Schulen aufgeteilt. Über ein Viertel aller Hauptschüler (27,6 %) haben 1973 die Schule ohne einen Abschluß verlassen.

Die Verhältnisse an den Schulen haben sich in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Viele Werktätige hatten geglaubt, daß ihre Kinder es einmal besser haben würden als sie, weil sie eine bessere Ausbildung bekommen könnten. Der Kapitalismus beschränkt und beschneidet aber die Ausbildung der Kinder auf die Bedürfnisse der Kapitalistenklasse. Dazu gehört auch die ideologische Beeinflussung der Kinder. Der Unterricht in allen Fächern, die Lehrpläne, die Schulbücher sollen vor allem die Arbeiterkinder ihrer Klasse entfremden, ihnen das Rückgrat brechen. Diesem Ziel dient z. B. im Geschichtsunterricht die Theorie, daß Kaiser, Könige, „große Männer" die Geschichte machen, während es in Wirklichkeit die Massen sind.

Die Aktionen an den Schulen, die Empörung vieler Eltern und Schüler sind ein Teil der wachsenden Bewegung gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit, gegen die Verschlechterung der Lebensverhältnisse.

Die Bourgeoisie fürchtet, daß diese Bewegung eine revolutionäre Stoßrichtung bekommt, daß der Einfluß der Partei in ihr wächst. Sie verstärkt deshalb die politische Unterdrückung auch an den Schulen. Der neue SMV-Erlaß in Schleswig-Holstein sagt klar: „Die Schule ist kein Ort der Agitation für gesellschaftliche Veränderung", und „ ... Aufforderungen zum Unterrichtsboykott" oder ähnliche Aktionen werden von der Schule bestraft.

Die Spitze der politischen Unterdrückung richtet sich aber gegen die revolutionären und kommunistischen Lehrer. Die Innenminister der Länder haben gerade jetzt beschlossen, schwarze Listen anzulegen und die Namen untereinander auszutauschen. **Zwei Tage vor den Sommerferien wurde die Landesvorsitzende der KPD/ML von NRW, Genossin Gisela Herzog, zur Regierung nach Arnsberg bestellt. Wegen ihrer Zugehörigkeit zur KPD/ML soll sie entlassen werden.** Der Genosse Wolfgang B., ehemaliger Presseverantwortlicher der KPD/ML in Dortmund und zu 4 Monaten Gefängnis mit Bewährung wegen seines Kampfes gegen die Faschisten am „Haus Voß" verurteilt, wurde sogar nicht einmal zur 1. Staatsprüfung zugelassen. Auf ihn wurde das Landesbeamtengesetz angewendet, obwohl er noch Student ist. In Dortmund und Duisburg wird zwei Genossinnen mit Versetzung an eine andere Schule gedroht, weil sie bei den Schülern die Wahrheit über den Mord an Genossen Günter Routhier verbreitet haben.

Die Partei hat sofort an den Schulen und in den Stadtteilen den Kampf gegen diese Entlassungen aufgenommen. Und die Eltern und Schüler haben sich diesem Kampf angeschlossen. Allein in Duisburg unterschrieben über 200 Schüler eine Protestresolution gegen die Entlassung ihrer Lehrerin. In Dortmund hat der Vorstand des Elternrats der Schule gegen die Verfolgung der Genossin Gisela protestiert. In Hamburg haben die Schüler ihren Lehrer gegen die anrückende Polizei verteidigt. In Duisburg erklärte ein Schüler: **„Das ist hier ja gar keine Demokratie, die wollen nur, daß wir uns alle Ungerechtigkeiten und Lügen gefallen lassen, damit sie mit uns machen können, was sie wollen. So ist es an der Schule, ... so ist es auch im Großen."**

Salmonellenerkrankung im Kinderhort

13 kranke Kinder sind billiger...

KORRESPONDENZ. Vor kurzem wurde der Kinderhort, in dem unsere kleine Tochter ist, drei Tage innerhalb einer Woche geschlossen. Grund: bei mehreren Kindern wurden Salmonellen im Stuhl festgestellt.

Donnerstag abend wurde uns mitgeteilt, daß der Kinderhort freitags geschlossen sei zur Desinfizierung. Am Freitag mußte von allen Kindern eine Stuhlprobe zur Untersuchung abgegeben werden. Samstag morgen erschien im „Mannheimer Morgen" ein Bericht mit der Feststellung, Gesundheitsamt (dem im Falle von Salmonellenerkrankung wegen der Infektionsgefahr die Überwachung obliegt) und städtische Stellen würden optimal zusammenarbeiten. Auch über die Herkunft der Krankheit wurde „aufgeklärt": ein Kind habe sie von zu Hause eingeschleppt.

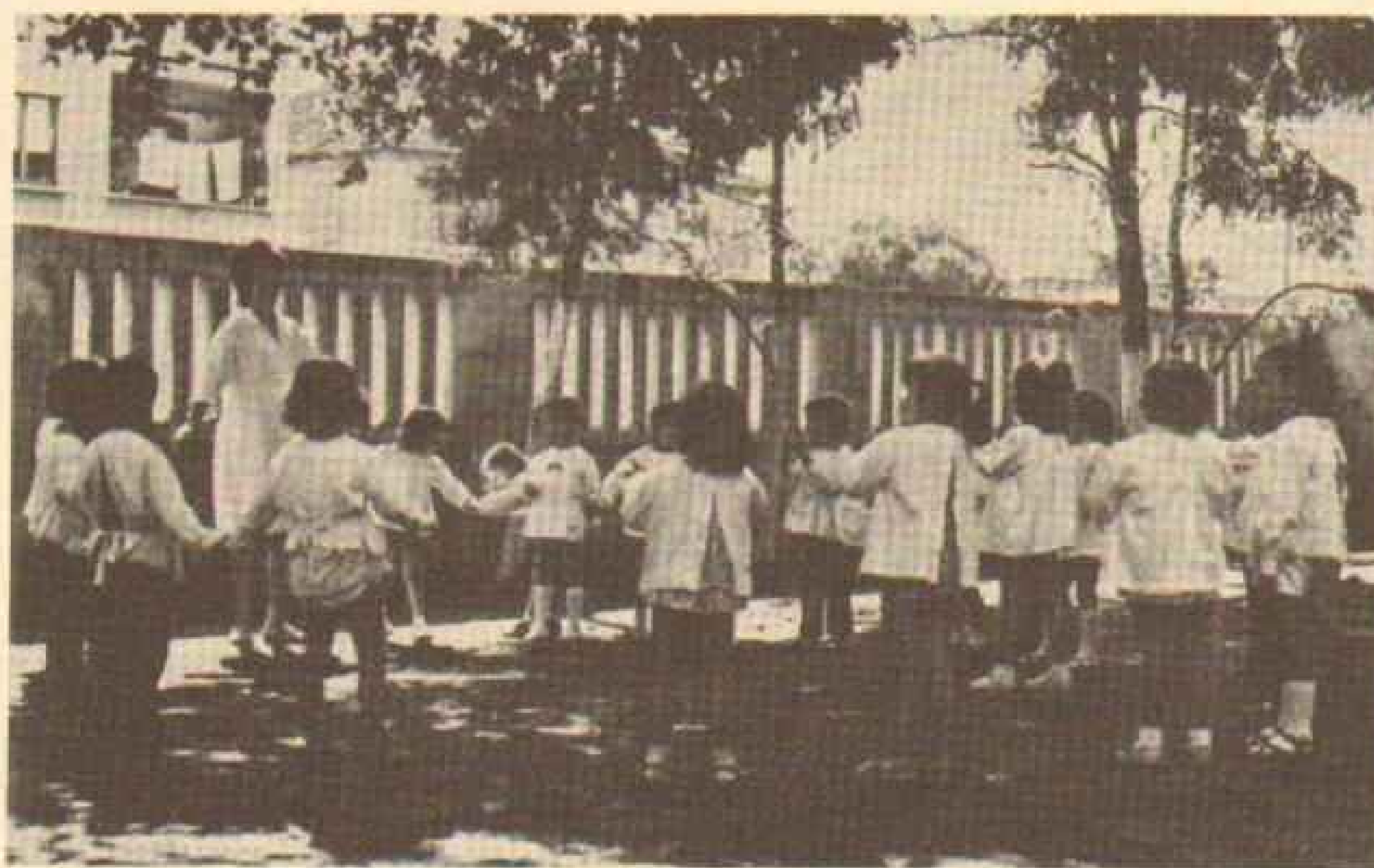
Am Montag gingen alle Kinder wieder in den Kinderhort, ohne daß das Untersuchungsergebnis abgewartet worden war. Infizierte und Gesunde waren also zusammen, so daß das Ganze am Mittwoch wiederholt werden mußte. Wieder geschlossen. Wieder mußte meine Frau einen Tag freinehmen. Wieder Stuhlproben abgeben. Wieder wurden die Untersuchungsergebnisse nicht abgewartet. Also begann das Ganze noch einmal von vorne. Donnerstag waren alle Kinder, bis auf einige erkannte Infektionen, wieder im Kinderhort. Am Freitag war wieder geschlossen. Jetzt mußte ich einen halben Tag freinehmen.

Optimale Zusammenarbeit? Zweifelsohne, aber nicht für die Gesundheit der Kinder, sondern gegen ihre Gesundheit. Eine Reihe von Krankenschwestern hätte nämlich längere Zeit freigestellt und eingesetzt werden müssen, um eine wirkliche Behandlung und Vorsorge zu gewährleisten. 13 kranke Kinder waren da billiger. Auch wurden den Kindern erst am Mittwoch vorbeugende Medikamente gegeben.

Aber damit hatte dieses für das kapitalistische Gesundheitssystem typische Vorgehen noch kein Ende. Trotz aller Versuche, die Ursachen der Erkrankung zu vertuschen – den Kindergärtnerinnen wurde verboten, Angaben über die Anzahl der erkrankten Kinder, über die wirkliche Herkunft der Krankheit zu machen – kam die Wahrheit doch ans Tageslicht: **die meisten Kinder hatten Schonkost aus der Krankenhausküche erhalten.** Zynischer Kommentar der Behörden, die vorher versucht hatten, den Eltern auch noch die Schuld an der Erkrankung ihrer Kinder in die Schuhe zu schieben: die Sache wird untersucht. – Bis heute allerdings ohne Ergebnis.

Die Kinder, die ins Krankenhaus mußten, bekamen die kapitalistische Gesundheits„fürsorge" sehr deutlich zu spüren. Sie liegen bis zu 4 Wochen auf der Infektionsabteilung und dürfen keinen direkten Besuch von ihren Eltern erhalten. Infolge der schwachen Besetzung der Stationen mit Schwestern erhalten sie gerade eine Stunde nach dem Essen Spielsachen, dann bekommen sie sie weggenommen, weil die Schwestern die Kinder nicht mehr beaufsichtigen können. Eine Mutter, die ihren 2-jährigen Sohn besuchte, brach in Tränen aus, als sie sah, daß er völlig apathisch in seinem Bettchen saß und wie blöd ununterbrochen am Zipfel seiner Bettdecke zupfte.

Wenn es auch nicht zu Kampfmaßnahmen gekommen ist, ist doch vielen klarer geworden, daß dieser Staat sich einen Dreck um die Gesundheit von Arbeiterkindern schert. Der Haß auf dieses System ist ein weiteres Stück gewachsen.



In den albanischen Kindergärten werden die Kinder ständig ärztlich betreut

Vom Aufbau des Sozialismus

Großer Erfolg der Erbauer des Wasserkraftwerks von Fieri

Die Arbeiter des Wasserkraftwerks von Fieri, das mit Hilfe chinesischer Techniker aufgebaut wird, haben den Fluß Drini erfolgreich durch den Haupttunnel abgeleitet. Mit der Umleitung des Flusses Drini erreichte das Bauprojekt eine neue Stufe: jetzt kann mit dem Bau des Staudamms und der Arbeit an anderen hydrotechnischen Arbeiten begonnen werden. Bei der Umleitung des Flusses kam es zur dritten Sprengung beim Bau des Projekts: 180 000 cbm Felsen wurden dabei bewegt.

Bei der Bewältigung dieses Bauabschnitts setzten die Arbeiter die Parole der Partei in die Tat um, die fordert: „Macht die Arbeit für den Bau dieses Projekts zu einer großen Schule der Erziehung und revolutionären Begeisterung". Über 2 000 Arbeiter machten in dieser Zeit einen Qualifikationskurs mit, rund 600 nahmen an Kursen einer Freizeitmittelschule teil, 121 Arbeiter haben Diplome als mittlere Kader in verschiedenen Branchen erhalten.

Anläßlich der erfolgreichen Umleitung des Flusses Drini durch den Haupttunnel wurde eine Feier von tausenden von Arbeitern, Technikern, Ingenieuren, Spezialisten, führenden Kadern usw. organisiert, an der auch führende Persönlichkeiten der albanischen Regierung teilnahmen. 220 Arbeiter wurden ausgezeichnet.

Neues Wasserkraftwerk am Yangtse in Betrieb genommen

Ein neues Wasserkraftwerk (150 000 kW) wurde kürzlich in Betrieb genommen. Es liegt am Tuho-Fluß, einem Nebenfluß des Han, der in den Yangtse mündet. Das neue Wasserkraftwerk ist so Teil der vielfältigen Entwicklung des Han-Bassins. Ein anderes Projekt ist das Tanchiangkou-Kontrollwerk, zu dem auch ein 900 000 kW-Kraftwerk gehört.

Das neue Projekt umfaßt einen 371 m langen und 107 m hohen Damm, eine Talsperre mit einem Volumen von 1,015 Millionen Kubikmetern und eine Schleuse, die die Schiffe über den Damm bringt.

Das neue Projekt versorgt den nordwestlichen Teil der Provinz Hupeh mit Strom, liefert Wasser für Industrie und Landwirtschaft und verbessert die Bedingungen für die Flußschiffahrt.

Bisher war der Tuho-Fluß während der Regen- und der Trockenzeit kaum beschiffbar. Jetzt können 15-30 Tonner das ganze Jahr über den Fluß hinabfahren. Die Talsperre selber ist auf einer Strecke von Dutzenden von Kilometern für 100-Tonnenschiffe befahrbar. Das erleichtert den Austausch von Gütern zwischen der Stadt und dem Land erheblich. Außerdem versorgt die Talsperre die Bevölkerung auch mit Fisch.

16 000 neue Parteimitglieder

(Hsinhua). Mehr als 16 000 Mitglieder sind im koreanischen autonomen Gebiet von Jenpien der Provinz Kirin im Nordosten Chinas seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die 1966 begann, in die Partei aufgenommen worden. Die Hälfte der neuen Parteimitglieder sind koreanischer Nationalität. Eine große Anzahl der Aktivisten ist während der Kulturrevolution und der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius herangebildet worden. Als ein Ergebnis des Kampfes zweier Linien ist die Anzahl der Parteiproduktionsbrigaden um 212, die Anzahl der Parteiproduktionszellen um 1 436 im Vergleich zum Stand vor der Kulturrevolution angestiegen. Eine beträchtliche Anzahl der neuen Parteimitglieder sind noch junge Leute, die zur Verstärkung der Parteikomitees auf verschiedenen Ebenen herangezogen worden sind.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Bewaffneter Kampf zerschlägt Spinolas 'politische Lösungen'

Am 28. Juli sah sich der Chef der portugiesischen Junta, Spinola, gezwungen, öffentlich folgende Erklärung abzugeben. "Wir sind bereit, unverzüglich den Prozess der Übertragung der Macht an die Bevölkerung der überseeischen Gebiete einzuleiten, die dazu anerkannt fähig sind, nämlich die von Guinea-Bissao, Angola und Mozambik." Gleichzeitig strich die Junta den Artikel der portugiesischen Verfassung von 1933, in dem es heißt, daß die Abtrennung der afrikanischen Gebiete von Portugal nicht möglich sei. Mit dieser Erklärung mußte die Junta zugestehen, daß alle ihre Versuche, die Unabhängigkeit von Guinea-Bissao, Angola und Mozambik durch "politische Lösungen" zu verhindern fehlgeschlagen sind.

Seit dem Staatsstreich in Portugal haben die Befreiungsorganisationen den bewaffneten Kampf verstärkt. Die Frelimo hat Anfang Juli eine neue Front errichtet. Im Juni haben die Befreiungskämpfer in Kap Delgado, Niassa und der Tete-Provinz mehr als 20 Söldner der Kolonialtruppen getötet. Mehrere Militärposten und KZs der portugiesischen Truppen wurden überrannt und zerstört. Viele Bauern, die in den KZs eingekerkert waren, konnten befreit werden. In Angola haben sich die Befreiungsorganisationen im Verlauf des Kampfes enger zusammengeschlossen. Die MPLA und die FNLA haben jetzt ein gemeinsames Kommunique veröffentlicht, in dem sie erklären, in Zukunft eine "gemeinsame Front zu bilden". Die Zerrüttung innerhalb der Kolonialtruppen nimmt immer mehr zu. Die afrikanischen Soldaten verbrüdern sich mit der Frelimo. Ein Großteil der 40 000 Soldaten ist nicht mehr bereit, gegen die Frelimo zu kämpfen. Die Republik Guinea-Bissao hat inzwischen offiziell ihre Aufnahme in die UNO beantragt und es besteht kein Zweifel daran, daß die überwältigende Mehrheit der UNO-Länder diesem Antrag zustimmt.

Die Junta hatte von Anfang an versucht, die vollständige Unabhängigkeit der afrikanischen Gebiete zu verhindern. Ihr erstes Ziel war es, die Befreiungsorganisationen dazu zu bringen, die Waffen aus der Hand zu legen. Deshalb versucht die Junta, die Verhandlungen mit den Befreiungsorganisationen nur über eine Waffenruhe zu führen, während sie gleichzeitig den Plan ausheckte, eine sogenannte Volksabstimmung durchzuführen. **Dieses Manöver ist jetzt geplatzt. Alle diese "politischen Lösungen" sind zusammengebrochen unter den Schlägen des bewaffneten Kampfes der Völker von Guinea-Bissao, Angola und Mozambik und ihrer Befreiungsorganisationen.**

Aber dieser Erfolg darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Junta und die imperialistischen Mächte vor allem die Supermächte versuchen werden, ihre Macht und ihren Einfluß in neuer Form aufrecht zu erhalten. Die Tatsache, daß die portugiesischen Truppen in der Nähe der afrikanischen Städte zusammengezogen werden, um "Unruhe zu verhindern", ist eine deutliche Warnung. Schon gibt es Pläne, von Malawi und Rhodesien aus, imperialistische Söldnertruppen aufzustellen, die die jungen Nationen nach dem Vorbild des Kongo angreifen sollen. Schon jetzt bemühen sich die Agenten der Imperialisten, Stammesfehden zu schüren, um "Unruhen" zu organisieren, die Kampfkraft der Völker dieser Gebiete zu schwächen. Spinola selbst betonte, daß es jetzt keinen Grund mehr gebe, zu kämpfen.

Die Kapverdischen Inseln, die zur Republik Guinea-Bissao gehören, Sao Tome und Principe, die alle wichtige Stützpunkte des USA-Imperialismus sind, wurden in der Erklärung Spinolas nicht erwähnt.

Auch die sowjetischen Sozialimperialisten bemühen sich, Einfluß zu gewinnen. Sie haben die Junta von Portugal schon am 9. Juni anerkannt, obwohl die OAU-Gipfelkonferenz alle Länder aufgerufen hatte, 'weder diplomatische Beziehungen noch irgendeine Form der Zusammenarbeit mit dem neuen Regime aufzunehmen", bis es das Recht der Völker auf Unabhängigkeit anerkannt hat. Die Völker und die Befreiungsorganisationen werden sich dadurch nicht beirren lassen. Sie erklärten, "daß der bewaffnete Kampf niemals eingestellt wird, solange die Unabhängigkeit nicht errungen ist."



Befreiungskämpfer in Guinea-Bissao

Griechenland:

DAS VOLK KÄMPFT FÜR UNABHÄNGIGKEIT UND VOLKSHERRSCHAFT

„Griechenland kehrt zur Demokratie zurück – die Terrorherrschaft der Faschisten ist gebrochen" – mit solchen Worten kommentiert die bürgerliche Presse den Regierungswechsel in Griechenland.

Die griechische Armee, die 7 1/2 Jahre lang das Volk grausam unterdrückt hat, soll jetzt zur entscheidenden antifaschistischen Kraft geworden sein, zum Garanten der Demokratie. Ist das wirklich so?

Der Putsch, den die Junta auf Zypern inszenierte, zeigte mit einem Schlag die tiefe Krise, in der das Regime steckte. Dieses Abenteuer steigerte die Empörung des griechischen Volkes über die Junta. Soldaten, die an die türkische Grenze abkommandiert wurden, meuterten offen. Viele sagten, daß sie die Gewehre nicht zum Kampf gegen die Türkei benutzen wollten, sondern zum Kampf gegen die Junta.

Niemals in den 7 1/2 Jahren hat sich das griechische Volk mit der Herrschaft der Junta abgefunden. Aber die Empörung des Volkes richtete sich nicht nur gegen die Junta, sondern auch gegen den USA-Imperialismus, der Griechenland beherrscht. Schon im April und Mai 1973 demonstrierten Zehntausende von Studenten, riefen Parolen gegen den USA-Imperialismus. Im November errichteten allein in Athen 50 000 Arbeiter und Studenten Barrikaden und kämpften mit Pflastersteinen gegen die Panzer der Junta. Ihre Parolen waren: Nieder mit der Nato! Nieder mit der Junta! Ami go home! Laokratia (Volksherrschaft)! Als damals Panzer gegen das Volk eingesetzt wurden, weigerte sich ein Teil der Soldaten, das Feuer zu eröffnen, es kam zu Gefechten zwischen Panzerbesatzungen. Der Regierungswechsel in Griechenland zeigte die Angst des USA-Imperialismus vor dem revolutionären Kampf des Volkes für Volksherrschaft und um Unabhängigkeit.

Es ist ein Erfolg, daß dem Volk gewisse Freiheiten und Rechte zurückgegeben werden. Aber die Macht des USA-Imperialismus ist nicht gebrochen, die Macht der Junta besteht weiter. Die modernen Revisionisten, die jetzt nach Griechenland zurückgeeilt sind, bemühen sich, das Volk zur Ruhe zu mahnen. Sie behaupten, der Regierungswechsel bringe dem Volk die Freiheit. **Das griechische Volk hat nicht für eine Regierung Karamanlis gekämpft, es hat nicht für eine „Demokratie" gekämpft, die auf den Bajonetten der USA-Imperialisten und der griechischen Armee beruht. Das griechische Volk kämpft für die Vertreibung des USA-Imperialismus, es kämpft für Unabhängigkeit und Laokratia – Volksherrschaft.**

Aus aller Welt

USA. In der Woche vom 15.-19. Juli haben mehr als 250 000 Arbeiter verschiedener Branchen gestreikt. Seit mehr als vier Monaten stehen mehr als 5 000 Arbeiter von Dow Chemical in Midland im Streik. Mehrmals hat die Polizei streikende Arbeiter verhaftet und Streikposten gewaltsam entfernt. Ein großer Streik bei den Luftfahrtgesellschaften hat den Luftverkehr in verschiedenen Gebieten lahmgelegt. Gestreikt haben auch die Arbeiter in den Kupferbergwerken und der kupferverarbeitenden Industrie.

Beirut. In den israelisch besetzten Gebieten Palästinas haben Kommandounternehmen der Palästinenser mehrere Sprengstoffanschläge erfolgreich durchgeführt. In Al-Khalil wurde eine israelische Handelsagentur vollständig zerstört. Eine andere Bombe tötete und verwundete mehrere israelische Soldaten. Ein Offizier des israelischen Geheimdienstes wurde von einem Kommandounternehmen in seinem Auto in die Luft gesprengt.

Marxisten-Leninisten in Frankreich:

Unterstützt den Kampf der Bauern!

Mit einer neuen, der dritten Nummer ihrer Bauernzeitung "LA Faucille" ("Die Sichel") greift "Humanite Rouge", die Zeitung der französischen Marxisten-Leninisten, richtungsweisend in die stürmisch wachsenden Kämpfe der armen und mittleren Bauern in Frankreich ein.

Allein im Monat Juli gingen in Frankreich Tausende Bauern auf die Straße im Kampf gegen die ständige Verschlechterung ihrer Lebenslage, gegen das Bauernlegen und die Ausplünderung der armen und mittleren Bauern durch die Konzerne. In vielen Städten verkaufen die Bauern z.B. ihr Fleisch nicht mehr an die staatlichen Schlachthöfe, sondern organisieren den direkten Verkauf unter der Bevölkerung. In Tours, Sélestat, Paris, Chalet, Deauville, Dijon, Saint-Brieuc und anderen Städten fanden riesige Bauerndemonstrationen statt, bei denen die Bauern ihre Traktoren mitführten und den Verkehr völlig lahmlegten. Nicht anders als die deutschen Bauern von den Führern des Bauernverbandes, werden auch die französischen Bauern von den Bonzen der verschiedenen gewerkschaftlichen Bauernorganisationen verraten und an den kapitalistischen Staat verkauft. **Eine besonders üble Rolle, entlarvt "La Faucille", spielt dabei die revisionistische Bauernorganisation MODEF. MODEF "belügt die Bauern, denn sie hindert sie daran, ihr politisches Bewußtsein zu erhöhen, und wiegt sie in Illusionen... Die Führer von MODEF verhindern jede Initiative der Bauern, indem sie ihnen "Kampf"formen wie Bittschriften, Delegationen in Parlamente und zu Präfekten... aufzwingt," schreibt ein Bauer aus Ille-et-Vilaine an "La Faucille".**

Im Kampf gegen den Verrat des modernen Revisionismus die Einheit zu schmieden zwischen der Arbeiterklasse und den armen und mittleren Bauern unter Führung der Kommunistischen Partei Frankreichs/Marxisten-Leninisten - das ist die Aufgabe von "La Faucille". **"Die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse", schreibt die marxistisch-leninistische Bauernzeitung Frankreichs, "die ihre Analysen und ihre politische Linie auf den wissenschaftlichen Sozialismus gründet, unterstützt energisch die großartige Bewegung der Bauern und ruft die arbeitende Bauernschaft auf, ihre revolutionären Massenaktionen weiterzuentwickeln, sich mit der Arbeiterklasse in Stadt und Land zusammenzuschließen auf der Grundlage der täglichen Forderungen und den Kampf zu unterstützen und sich daran zu beteiligen, den die marxistisch-leninistische Partei Frankreichs für die proletarische Revolution und die Diktatur des Proletariats führt.**

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 - 19.30
21.00 - 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Die Berliner Mauer, deren Bau sich am 13. August zum 13. Mal jährt, symbolisiert für die Menschen unseres Landes die Spaltung der Nation. Unsere Partei hat klar und unmißverständlich erklärt: „Die Mauer muß weg!" Denn die Mauer ist kein antifaschistischer Schutzwall", wie uns die D„K"P-Revisionisten weismachen wollen, sie ist ein Dokument der Schande, des Verrats, den die revisionistischen Machthaber in der DDR, die nichts anderes als Vasallen der sowjetischen Sozialimperialisten sind, am Sozialismus und an den nationalen Interessen unseres Volkes verübt haben. In der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage „Deutschland dem deutschen Volk!" hat unsere Partei dem Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit den Weg gewiesen und aufgezeigt, daß die nationale Befreiung unseres Volkes unlösbar mit dem weltweiten Kampf der Völker gegen die beiden Supermächte und mit der sozialistischen Revolution verbunden ist.

Deutschland wird von den Truppen der Supermächte besetzt gehalten. In Westdeutschland stehen vor allem die Truppen des US-Imperialismus, während die DDR unter dem Militärstiefel des sowjetischen Sozialimperialismus steht. Diese Tatsache verbindet das Schicksal unseres Volkes eng mit dem aller Völker, die im Kampf gegen das Weltherrschaftsstreben der beiden Supermächte stehen. Die deutsche Arbeiterklasse, das gesamte deutsche Volk muß in seinem gerechten Kampf für die nationale Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands seinen Platz an der Seite dieser Völker in der weltweiten Kampffront gegen die beiden Supermächte einnehmen. In der ZK-Erklärung heißt es dazu: *„Der entscheidende Weg für das deutsche Proletariat, sich einzureihen in die weltweite Front der gegen das Diktat der Supermächte kämpfenden Völker, ist, den Feind dort anzugreifen, wo er steht, auf dem Boden unserer Heimat! Unser, der proletarische Internationalismus der revolutionären Bewegung bleibt eine hohle Phrase, wenn wir nicht im eigenen Land den Kampf aufnehmen gegen die Herrschaft der Supermächte und ihrer einheimischen Bündnispartner und Lakaien, den westdeutschen Imperialismus und die Honneckerclique."*

Vor allem die modernen Revisionisten von der D„K"P werfen unserer Partei „Chauvinismus" vor, weil sie an der Verteidigung der nationalen Interessen des deutschen Volkes festhält. Gerade der hier aufgezeigte Zusammenhang zwischen unserem Kampf für die Einheit und Unabhängigkeit Deutschlands und dem weltweiten Kampf der Völker gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, verweist diesen Angriff gegen die revolutionäre Linie unserer Partei in den Bereich der übelsten antikommunistischen Hetze.

Proletarischer Internationalismus und proletarischer Patriotismus sind zwei Seiten einer Medaille. **Im Sinne des proletarischen Patriotismus für die Befreiung der Nation kämpfen heißt gleichzeitig, alle anderen Völker in ihrem Kampf für die Erringung oder Wahrung ihrer vollständigen nationalen Souveränität zu unterstützen.** Dem bürgerlichen Chauvinismus dagegen geht es gar nicht um die Interessen der Nation, er ist die Ideologie der herrschenden Kapitalistenklasse, die um ihrer Interessen willen imperialistische Eroberungskriege anzettelt, um andere Nationen unterdrücken und ausplündern zu können.

Die D„K"P-Revisionisten, die es wagen, gegen unsere Partei den Vorwurf des Chauvinismus zu erheben, unterstützen mit glühenden Worten den Großmachtchauvinismus der neuen Zaren im Kreml, die den Wunsch der Tschechen und Slowaken nach nationaler Unabhängigkeit und staatlicher Souveränität der CSSR mit Panzern niederwalzten, die alle Länder des des sogenannten Warschauer Pakts unterjocht halten und darüber hinaus in der ganzen Welt danach streben, die Völker zu beherrschen, ihren Freiheitskampf zu unterdrükken. Die revisionistischen Machthaber in der DDR scheuten sich nicht einmal, deutsche Soldaten für die Interessen der neuen Zaren in die CSSR einmarschieren zu lassen. Chauvinistisch ist in Wirklichkeit die von Breschnew verkündete „Theorie der begrenzten Souveränität", die auch die „S"ED- und D„K"P-Revisionisten vertreten. Diese Tatsachen zeigen klar, daß es die modernen Revisionisten sind, die den proletarischen Internationalismus mit Füßen treten.

So täuschen die D„K"P-Revisionisten die Werktätigen unseres Landes auch über die Gefahr eines erneuten imperialistischen Weltkrieges. In der Erklärung des ZK's zur nationalen Frage heißt es: *„Gleichzeitig erhöht die fortbestehende Teilung Deutschlands, die Bindung an die Nato und an den Warschauer Pakt, die Gefahr für unser Volk und Land, in einen militärischen Konflikt der beiden Supermächte hineingezogen und zum Schlachtfeld eines neuen Krieges zu werden."*

Der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, die auf allen Erdteilen um die Vorherrschaft in der Welt kämpfen, deren Rivalität im Kampf um die Hegemonie die Hauptgefahr für einen neuen imperialistischen Weltkrieg darstellt, stehen sich waffenstarrend auf deutschem Boden gegenüber. Die westdeutschen Imperialisten sind über die Nato direkt an den Militärapparat des US-Imperialismus gekettet. So heißt es, wenn die US-Imperialisten mit militärischer Intervention drohen – z. B. beim Erdölboykott der arabischen Staaten – meistens auch für die Bundeswehr, in Alarmbereitschaft zu gehen. Die DDR-Truppen stehen dagegen im Rahmen des Warschauer Paktes unter dem Oberbefehl des sowjetischen Sozialimperialismus, was durch die Beteiligung von DDR-Truppen am Einmarsch der Sozialimperialisten in die CSSR besonders deutlich wurde. Es ist klar, daß Deutschland, wenn die beiden Supermächte im Kampf um die Weltherrschaft einen neuen Weltkrieg vom Zaun brechen, im Zentrum dieses Krieges liegen wird.

Die modernen Revisionisten von der „S"ED und der D„K"P täuschen das deutsche Volk über diese ernsthafte Bedrohung seiner physischen Existenz. Den Völkern der Welt zum Hohn, die sich, wenn sie nicht wie die Völker Osteuropas vom sowjetischen Sozialimperialismus bereits unterjocht sind, der ständigen Bedrohung seitens der sowjetischen Sozialimperialisten ausgesetzt sehen, behaupten die modernen Revisionisten, die Sowjetunion sei ein sozialistisches Land und träte für Frieden und Entspannung in der Welt ein. Wäre dem so, warum stehen dann die Truppen der Sozialimperialisten in der DDR und anderen Ländern Osteuropas, was haben ihre Kriegsschiffe dann im Mittelmeer und im Indischen Ozean zu suchen, warum unterstützen sie dann nicht den Vorschlag der VR China, alle atomaren Waffen zu vernichten, was soll dann der riesige Truppenaufmarsch an der Grenze zur VR China? **Die neuen Zaren im Kreml führen zwar den Sozialismus im Munde, ihre Taten aber sind die einer imperialistischen Supermacht, die um keinen Deut weniger aggressiv ist als der US-Imperialismus.**

Das deutsche Volk wird dieser Tatsache Rechnung tragen, auch wenn die modernen Revisionisten zetern, der Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus habe ja nur das Ziel, „die Nato und den US-Imperialismus zu stärken", die „friedliche Koexistenz" der beiden Supermächte stelle eine Garantie für den Frieden dar.

Nieder mit den beiden Supermächten! Ausländische Truppen raus aus ganz Deutschland! Bundesrepublik raus aus der Nato, DDR raus aus dem Warschauer Pakt! – **Diese Kampflosungen unserer Partei dienen nicht nur der nationalen Befreiung unseres Volkes, sie unterstützen nicht nur den weltweiten Kampf der Völker gegen den Imperialismus, besonders gegen die beiden Supermächte, sondern sie markieren auch einen Teil des Weges, auf dem das deutsche Volk seinen Beitrag zur Erkämpfung des wirklichen Friedens in der Welt leistet, der nur errungen werden kann, wenn der Imperialismus, insbesondere die beiden Supermächte niedergeschlagen worden sind.**

Die D„K"P-Revisionisten dagegen bereiten nicht nur der Kriegstreiberei der Supermächte den Weg, sondern sie unterstützen auch die aggressiven Pläne der westdeutschen Imperialisten, die – noch unter US-Herrschaft stehend – versuchen, durch die Ausnutzung der Widersprüche zwischen den Supermächten selbst wieder zur Großmacht aufzusteigen. Diesem Ziel dient seitens der westdeutschen Imperialisten die sogenannte „neue Ostpolitik", während die sowjetischen Sozialimperialisten beim Schacher mit Bonn, den sie unter Mißachtung aller Interessen der DDR durchführten, vor allem das Ziel verfolgten, in den Einflußbereich des US-Imperialismus einzudringen. Diese imperialistischen Manöver finden die volle Unterstützung der modernen Revisionisten, die die „neue Ostpolitik" als „Friedenspolitik" preisen und dem westdeutschen Imperialismus bescheinigen, er sei „vernünftig" geworden, obwohl sich gerade bei den „Ostverträgen" gezeigt hat, daß die westdeutschen Imperialisten sich beharrlich weigern, die staatliche Souveränität der DDR anzuerkennen und damit dokumentieren, daß sie nach wie vor auf den Augenblick lauern, an dem es ihnen möglich erscheint, eine militärische Rückeroberung der DDR zu versuchen. **Die modernen Revisionisten decken durch ihre Unterstützung der Bonner Ostpolitik diese aggressiven Absichten der westdeutschen Imperialisten.**

Das deutsche Volk will die nationale Einheit Deutschlands, aber nicht unter imperialistischen Vorzeichen, nicht als Ergebnis eines imperialistischen Krieges, durch den die westdeutschen Imperialisten, die Krupp, Thyssen, Flick und Konsorten sich auch zu den Herren über die Werktätigen in der DDR aufschwingen wollen. Die Werktätigen der DDR haben kein Interesse daran, die Diktatur der neuen Bourgeoisie gegen die Diktatur der deutschen Imperialisten von altem Schrot und Korn einzutauschen. Die Völker der Welt müßten ein vereintes Deutschland unter der Herrschaft der Imperialisten nur fürchten, und auch wir in der Bundesrepublik und Westberlin wollen nicht, daß sich unser Todfeind, der westdeutsche Imperialismus, durch die Einverleibung der DDR stärkt.

Tatsache ist, daß die deutschen Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg im Bündnis mit dem US-Imperialismus die Spaltung Deutschlands betrieben haben, um unter der Schirmherrschaft der ausländischen Besatzertruppen wenigstens in einem Teil des Landes ihre Macht wieder errichten zu können. Tatsache ist, daß mit dem Verrat der Ulbricht/Honnecker-Clique am Sozialismus auch der Verrat der neuen Bourgeoisie in der DDR am Sozialismus Hand in Hand ging. Honecker & Co. gehen heut sogar so weit, die Existenz der einen deutschen Nation zu leugnen und von 2 deutschen Nationen zu sprechen. In der Erklärung des Zentralkomitees heißt es: *„Stellen wir fest: Die Bourgeoisie in der imperialistischen Phase des Kapitalismus, sowohl die alte im Westen als auch die neue im Osten, ist nicht mehr in der Lage, die Führung der Nation zu übernehmen. Diese Aufgabe fällt heute – bereits vor der Periode des Sozialismus – der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorbutpartei zu. Diese Aufgabe steht durchaus nicht im Widerspruch zu den besonderen Klasseninteressen und Klassenaufgaben des Proletariats; im Gegenteil, die Erfüllung ihrer nationalen Aufgabe erleichtert ihr die Lösung der Klassenaufgabe, die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates in der sozialistischen Revolution. So ist denn der Kampf um die Einheit Deutschlands ein untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Revolution."*

Die D'K'P-Revisionisten behaupten, der Wunsch des deutschen Volkes nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit sei identisch mit dem Ziel der westdeutschen Imperialisten, durch die militärische Rückeroberung der DDR wieder ein „großdeutsches Reich" aufzubauen. Sie versuchen sogar, unsere Partei mit dieser Demagogie als „faschistisch" zu diffamieren.

In die gleiche Kerbe stößt beispielsweise auch der trotzkistische 'K'B Nord, der in seiner Zeitung , Arbeiterkampf" vom 1. Mai 1974 schrieb: , Die politische Bewußtheit des arbeitenden Volkes im westdeutschen Staat war jedoch, begründet in der Zeit faschistischer Verhetzung und der nun einsetzenden neuen antikommunistischen Welle, sowie in Rückschlägen und Fehlentwicklungen in der DDR und anderen sozialistischen Ländern, nicht so, daß die revolutionären Parolen der KPD zur „sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes' von den Massen aktiv aufgenommen worden wären. Stattdessen fanden die reaktionären Parolen der CDU und SPD Gehör, die den vorhandenen Wunsch nach „Wiedervereinigung" umfälschten in: Eroberung der DDR für den deutschen Imperialismus, Liquidierung des sozialistischen Aufbaus auf deutschem Boden."

Aus dieser „Einschätzung" der Hamburger Trotzkisten wird ihre tiefe Feindschaft gegenüber den Massen völlig klar: Die Werktätigen sind nach Ansicht dieser Herren von der faschistischen und antikommunistischen Hetze des Klassenfeindes durchdrungen, und wer die Wünsche der Massen aufgreift, bereitet dem Faschismus und dem Antikommunismus den Boden. **Tatsache ist allerdings, daß die westdeutsche Arbeiterklasse zu keiner Zeit bereit war, die revanchistischen Ziele der westdeutschen Imperialisten zu unterstützen.** Man denke nur an die Bewegung gegen die „Wiederbewaffnung". Dagegen ist allgemein bekannt, daß die Trotzkisten, um den Sieg der sozialistischen Revolution zu verhindern, seit eh und je leugnen, daß die sozialistische Revolution die Existenz der Nation berücksichtigen muß. Hinter der „linken" Maske verbirgt sich die Feindschaft gegen den Sozialismus.

Noch klarer liegt der Fall bei den modernen Revisionisten. Sie wissen genau: Wenn es der KPD/ML gelingt, den Werktätigen, besonders den Bündnisschichten des Proletariats, zu erklären, daß die Einheit unseres Vaterlandes nur im Zuge der sozialistischen Revolution in beiden deutschen Staaten zu verwirklichen ist, dann wird das die Front der Menschen in unserem Land, die den Kampf für den Sozialismus unterstützen, erheblich verbreitern, die proletarische Revolution um vieles beschleunigen.

Der Kampf der D'K'P-Revisionisten gegen die nationalen Interessen unseres Volkes ist daher hauptsächlich im Rahmen ihrer Aufgabe zu begreifen, als Agentur der westdeutschen Imperialisten in der Arbeiterbewegung die proletarische Revolution zu bekämpfen. In der Nebenseite verfolgen die modernen Revisionisten dabei die Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten, deren Herrschaft über die DDR durch den nationalen Kampf des deutschen Volkes bedroht ist.

Weil der gerechte Kampf des deutschen Volkes für seine nationalen Interessen mehr Menschen in die Front für den Sozialismus einreiht, weil die nationale Bewegung ein zusätzlicher Hebel für die Vertreibung der beiden Supermächte von deutschem Boden, für den Sturz des westdeutschen Imperialismus und die Errichtung des Sozialismus ist, wird unsere Partei unbeirrt diese Bewegung unterstützen und auf revolutionärer Grundlage weiterentwickeln. Sie wird dabei allen revisionistischen Trugbildern wie sie z.B. vom Münchner Arbeiterbund in seiner „Programmerklärung zur friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands" verbreitet werden, entgegentreten: **Die Wiedervereinigung unseres Vaterlandes kann nicht friedlich, nicht durch Wahlen, Verhandlungen der beiden deutschen Regierungen oder durch den Großmut der Supermächte erreicht werden. Erst wenn die Besatzertruppen hüben wie drüben durch den revolutionären Kampf vertrieben sind, wenn die westdeutsche Arbeiterklasse den Imperialismus in der proletarischen Revolution gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet hat, wenn die Arbeiter und Bauern der DDR die neue Bourgeoisie vom Thron gefegt und den Sozialismus wieder errichtet haben, wird als Ergebnis des revolutionären bewaffneten Kampfes des deutschen Volkes das vereinte, unabhängige, sozialistische Deutschland entstehen.**

Anklage gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert

Genosse Ernst Aust, Vorsitzender unserer Partei als verantwortlicher Redakteur, und Genosse Gernot Schubert als Verleger, sollen vor die Klassenjustiz gezerrt werden. Sie haben angeblich die „verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik Deutschland beschimpft und böswillig verächtlich gemacht" und den Bundestag beleidigt. Der Bundestagspräsident hat den Staatsanwalt zur Beleidigungsklage ermächtigt. Worum geht es?

Am 16. Juni 1973 schrieb der ROTE MORGEN: „Klarer als je zuvor ist, daß in diesem Parlament nicht Vertreter des Volkes sitzen, sondern Huren des Kapitals." Und: ‚Nicht über Sitze im Parlament, wo der der Größte ist, der am geschicktesten kassiert, **sondern durch den Kampf der Massen, durch die Auseinanderjagung der bürgerlichen Schwatzbude,** durch die Zerschlagung des gesamten bürgerlichen Staates," nur so kann der Friede erkämpft werden, nur so kann sich die Arbeiterklasse befreien."

Die Verjagung des Parlaments durch die Massen, die Zerschlagung des gesamten bürgerlichen Staates – das war die Schlußfolgerung, die unsere Partei aus der „Steiner-Affäre" zog. Es ist bezeichnend, daß der Staatsanwalt gerade diese beiden Stellen herausgegriffen hat. Die Steiner-Affäre zeigte die ganze Morschheit und Verfaultheit des Parlaments. Die Bourgeoisie bemühte sich deshalb, den ‚Fall Steiner' als Einzelfall, als Entgleisung eines Abgeordneten erscheinen zu lassen.

In seiner Anklage vor Gericht sagte Genosse Ernst Aust: „Wieso aber kann eine wissenschaftliche Feststellung eine Beleidigung oder böswillige Verächtlichmachung der BRD sein?" Lenin hat den Imperialismus auf Grund der marxistischen Grundsätze wissenschaftlich analysiert. Er stellt fest, daß die Arbeiterklasse niemals den Staat der Bourgeoisie in Besitz nehmen kann, daß ihre Interessen niemals im Parlament vertreten (Marx sagte: Sie werden zertreten) werden, daß die Befreiung der Arbeiterklasse niemals durch die Eroberung des Parlaments erreicht werden kann, sondern nur dadurch, daß der ganze alte Staat zertrümmert wird, daß das Parlament auseinandergejagt wird. Das Parlament, sagte Lenin, ist eine Schwatzbude. Es gaukelt den Massen Demokratie vor, während die wirklichen Entscheidungen in den Kabinetten des Finanzkapitals fallen. Jeder Abgeordnete ist mit tausend Fäden an die Kapitalistenklasse gebunden.

Die Bourgeoisise fürchtet gerade diese Wahrheit, sie fürchtet, daß die Arbeiterklasse, daß die Werktätigen in unserem Land dieses Wesen des Parlaments begreifen und tatsächlich den ganzen Verein auseinanderjagen. Sie will die Wahrheit unterdrücken, weil sie Angst hat. In Wirklichkeit geht es bei der Anklage nicht um ‚Beleidigung' usw. Es geht darum, daß die Bourgeoisie die Verbreitung der Lehren des Marxismus-Leninismus verbieten will, daß sie die kommunistische Agitation und Propaganda verbieten will. Ihre Zielscheibe ist die Partei, unser Vorsitzender und der ROTE MORGEN und sein Verleger.

Fortsetzung von Seite 1

Hände weg vom Roten Morgen!

Marxismus-Leninismus überhaupt. Denn seit seinem ersten Erscheinen vor 8 Jahren hat der ROTE MORGEN stets die Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution unter den werktätigen Massen und vor allem unter der Arbeiterklasse propagiert, durch ihn sind immer neue Kämpfer für die Partei gewonnen worden. Und gerade die sozialistische Revolution, die Diktatur des Proletariats ist es, vor der die Bourgeoisie die größte Angst hat. Und deshalb richten sich die zügellosen Angriffe der Bourgeoisie gegen den ROTEN MORGEN vor allem gegen diese revolutionäre Linie der Partei. Sie sind verzweifelte Versuche, die mit Sicherheit kommende sozialistische Revolution mit allen Mitteln der Unterdrückung und des Terrors, mit Beschlagnahmungen, Überfällen, Verhaftungen usw. im Keim zu ersticken.

Die Bourgeoisie weiß genau, daß die KPD/ML ihr Todfeind ist und daß der ROTE MORGEN die schärfste Waffe in unseren Händen ist. „Alles, was die Partei macht, ist verboten", mit dieser Begründung beschlagnahmte die Polizei in Münster unser Zentralorgan. Trotz aller Terrormaßnahmen hat es die Bourgeoisie noch nicht gewagt, die KPD/ML zu verbieten. Sie möchte ihre liberale Maske noch nicht so gänzlich fallen lassen. Mit Absicht wird der ROTE MORGEN und die KPD/ML in einem Zustand der Halblegalität gehalten. Denn die Versuche, die Partei als „kriminelle Vereinigung" abzustempeln, deren Höhepunkt der Prozeß gegen die Genossen Oßwald und Schulte war, sind zunächst einmal gescheitert. Die derzeitige Taktik der Bourgeoisie läuft darauf hinaus, sich durch den Zustand einer ganz nach ihrem Belieben dehnbaren Lage des „Nicht erlaubt und nicht verboten" einen möglichst großen Einblick in die Partei zu verschaffen. Deshalb auch die ständig zunehmenden Angriffe auf einzelne Genossen. Durch diese Taktik will sie trotzdem noch erreichen, daß sich die Partei in Sicherheit wiegt, um dann, wenn es ihr in den Kram paßt, umso härter zuschlagen zu können. Aber die Bourgeoisie hat sich geirrt: die KPD/ML wird nicht in diese Falle der bürgerlichen „Legalität" hineintappen. Unser bester Schutz ist die ständig zunehmende Verankerung der Partei in den Massen, und deshalb wird unsere Antwort auf alle Anschläge der Bourgeoisie nur sein, den ROTEN MORGEN noch besser unter die werktätigen Massen zu tragen. Terror und Einschüchterungsversuche werden für die KPD/ML nur das Gegenteil dessen erreichen, was sich die Bourgeoisie davon verspricht.

SCHLUSS MIT DEN BESCHLAGNAHMUNGEN DES ROTEN MORGEN!
FREIHEIT FÜR KOMMUNISTISCHE AGITATION UND PROPAGANDA!

Tod dem Faschismus!

„Kampf dem Kommunismus, für die Freiheit", unter dieser unverschämten Parole wollten in München Mitglieder der Jungen Nationaldemokraten demonstrieren. Die Partei und die GRF organisierten den Kampf gegen diese Provokation: die Genossen stellten sich dem Zug der etwa 70 Faschisten entgegen und eroberten 2 Transparente mit volksfeindlichen Hetzparolen und eine Faschistenfahne. Auf offener Straße wurden sie verbrannt – der größte Teil der Bevölkerung, die sich schnell um die Genossen sammelte, war für diese Maßnahme. Die Faschisten zettelten eine wüste Schlägerei an und riefen die Polizei zu Hilfe: mit Knüppeln und gezückten Pistolen stürzte die Polizei auf die antifaschistischen Demonstranten, sie verhaftete einen Genossen. Trotzdem konnten die Faschisten nur auf Schleichwegen zu ihrem Kundgebungsplatz gelangen, die Wut der Bevölkerung auf diese Volksfeinde und ihre Helfershelfer von der Polizei war so groß, daß sie nicht wagten, die geplante Route zu marschieren.

Gespräch mit einem Rentnerehepaar aus der DDR

KORRESPONDENZ. Neulich hatte ich während einer Zugfahrt Gelegenheit, mich mit einem Rentnerehepaar aus der DDR zu unterhalten, das zu seinen Söhnen in die deutsche Bundesrepublik fuhr.

Wir unterhielten uns zunächst über die wirtschaftliche Situation. Der Rentner – ein Landarbeiter – erzählte, daß Rohstoffe, wie zum Beispiel Kohle zu Preisen, die 30% über dem Weltmarktpreis liegen, aus der Sowjetunion eingekauft werden müssen. Auf der anderen Seite muß die DDR Maschinen erheblich unter dem Weltmarktpreis an die SU verkaufen – im Land bleiben oft nur Maschinen zweiter Wahl. Hier meinte der Kollege: **die Spaltung Deutschlands habe sich eben auch wirtschaftlich ausgewirkt, ein ehemaliges einheitliches Wirtschaftsgebiet sei auseinandergerissen worden.**

Ich erzählte ihm von der Erklärung des Zentralkomitees der KPD/ML zur nationalen Frage. Er erkundigte sich nach der Partei und berichtete dann über das Leben in der DDR.

Es ist zum Beispiel so, daß der Leiter der LPG, in der der Rentner lebt, ca. 1 500 bis 2.000 Mark im Monat verdient, ein Landarbeiter oder eine Landarbeiterin dagegen 350 bis 400 Mark.

Weiter berichtete der Rentner, daß sein Dorf in den letzten 20 Jahren mehr und mehr entvölkert worden sei. Besonders die jungen Leute drängen in die Städte.

Wie auf dem Rücken der Arbeiter rationalisiert wird, zeigte der Rentner an zwei Beispielen: Durch den Einsatz von Unkrautvernichtungsmitteln wird die Arbeit auf den Rübenfeldern etwas leichter. Eine Frau, die dadurch mit der Arbeit etwas eher – in 12 statt in 14 Tagen fertig war, bekam deshalb rund 50 % weniger Lohn!!! – Seit einigen Jahren ist man dabei, die Normen abzuschaffen – dafür werden feste Stundenlöhne eingeführt, die – obwohl inzwischen andere Maschinen eingeführt wurden, obwohl die Preise steigen – auf dem gleichen Stand geblieben sind.

Als ich diesem Rentnerehepaar dann vom Sozialismus in China und Albanien erzählte, waren sie so interessiert, daß ich ihnen ein Albanisches Heft und einen ROTEN MORGEN mitgab. Beim Abschied sagte der Rentner: „Wir brauchen die alten Kapitalisten nicht und auch nicht die neuen. Wir brauchen ein einiges Deutschland für die Arbeiter und die Bauern."

Verhindert den Schreibtischmord

Einen deutschen Pass für Sascha!

Noch immer, seit fast einem halben Jahr, muß sich unser Genosse Sascha Haschemi versteckt halten. Denn die Kapitalisten planen auf Genossen Sascha einen heimtückischen Mordanschlag: Sascha, 20 Jahre alt, Rotgardist aus München, iranischer Staatsangehöriger, obwohl er in Deutschland geboren und aufgewachsen ist, soll an das faschistische Schah-Regime ausgeliefert werden. Die westdeutschen Imperialisten wissen sehr gut, daß sie mit einer Ausweisung Saschas Todesurteil unterschreiben, denn als Kommunisten warten im Iran Gefängnis und Folter, vielleicht der Henker auf ihn.

Vom ersten Tag an, als diese hinterlistigen Pläne der Bourgeoisie bekannt wurden, nahm die Partei den Kampf auf gegen diesen Mordanschlag auf einen deutschen Kommunisten unter der Parole: Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi! Überall in der Bundesrepublik solidarisierte sich die Bevölkerung mit dem Kommunisten Sascha gegen die bürgerliche Klassenjustiz, gegen den Polizeiterror. Etwa 20 000 Unterschriften wurden gesammelt gegen die Ausweisungspläne, Spenden gingen ein zur Unterstützung Saschas, der heute illegal leben muß, um der Verhaftung und Ausweisung zu entgehen.

Diese breite Unterstützung der Kampagne um Saschas Einbürgerung ist nur ein Beispiel für den Kampf, den die Bevölkerung der Bundesrepublik und Westberlins seit Jahren führt gegen die wachsende politische Unterdrückung. Der Kampf gegen die Unterdrückung und Diskriminierung ausländischer Kollegen, der Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz spielte hier schon immer eine wichtige Rolle. Daß die Bourgeoisie Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter, selbst wenn sie, wie Sascha, in Deutschland geboren werden, hier aufwachsen, die Schule besuchen, die deutsche Sprache sprechen, zu „Ausländern" stempelt und der einfachsten politischen Rechte beraubt, ist ein besonders unverschämter Angriff auf den gemeinsamen Kampf deutscher und ausländischer Kollegen gegen den Klassenfeind. Tausende Kinder und Jugendliche sind davon betroffen. Das Beispiel Sascha zeigt, gegen wen sich diese Angriffe in erster Linie richten: auf Kommunisten, auf revolutionäre und fortschrittliche Kollegen.

Vor dem Kampf gegen politische Unterdrückung und das reaktionäre Ausländergesetz ist die Bourgeoisie in diesem Punkt einen Schritt zurückgewichen: Vor wenigen Tagen entschied das Verfassungsgericht, daß Kinder deutscher Mütter und ausländischer Väter die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten und den Kindern deutscher Eltern gleichgestellt werden müssen. Nicht, um das Grundgesetz zu verwirklichen, hat das Verfassungsgericht so entschieden, wie es behauptet, sondern weil es durch den Kampf des Volkes dazu gezwungen wurde.

Dieses Grundsatzurteil muß auch für Sascha genutzt werden: Ein deutscher Paß wird umgehend beantragt. Aber machen wir uns keine Illusionen! Sascha soll nicht in die Folterkammern des Schah abgeschoben werden, weil er „kriminell" ist, wie die Klassenjustiz behauptete, die ihn zu 18 Monaten Gefängnis verurteilte wegen seiner Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972, wegen seines mutigen antimilitaristischen Kampfes. **Sascha soll abgeschoben werden, weil er Kommunist ist. Daran hat sich nichts geändert. Die westdeutschen Imperialisten, die selbst zur Abschaffung der Todesstrafe gezwungen wurden, nutzen nur zu gern die Dienste der Schah-Faschisten, um Klassenkämpfer umzubringen. Auch jetzt werden sie mit tausend Tricks und Schlichen versuchen, ihre eigenen Gesetze zu umgehen, wo sie ihnen keinen Vorteil bringen. Die Verabschiedung dieses Gesetzes heißt nicht, daß Sascha die deutsche Staatsangehörigkeit in der Tasche hat, daß die Gefahr für ihn abgewendet ist, daß er aus der Illegalität auftauchen kann. Wir werden kämpfen müssen um einen deutschen Paß für Sascha, heute wie früher, wir werden darum kämpfen müssen, daß die Bourgeoisie bürgerliche Rechte einhält, die dem Volk von Nutzen sind. SOFORT: EINEN DEUTSCHEN PASS FÜR SASCHA!**



KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

Bonn:
Zu 3 Monaten Beugehaft wurde jetzt von der Bonner Klassenjustiz ein Student verurteilt. Vor einem Jahr hatte ein Beamter der Bundespost in einem öffentlich ausliegenden Telefonbuch den Stempel einer Gruppe von Homosexuellen mit einer Telefonnummer entdeckt. Der Inhaber des entsprechenden Telefons wurde verdächtigt, den Stempel in das Buch gedrückt zu haben. Als er das abstritt, wurde in vier richterlichen Vernehmungen von ihm verlangt, die Namen der Mitglieder der Homosexuellengruppe zu nennen. Weil er das ablehnte, erhielt er zunächst 217 DM Beugestrafe. Im Berufungsprozeß wurde er dann zu 3 Monaten Beugehaft verurteilt.

Hannover:
Am 2. 5. wurde der politische Gefangene Ronald Augustin, angeklagt wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RAF, in den toten Trakt des Gefängnisses in Hannover verlegt. Tür und Fenster der Zelle sind zusätzlich akustisch abgedichtet. Gleichzeitig hat Genosse Ronald Einzelhofgang, ist von sämtlichen Gemeinschaftsveranstaltungen ausgeschlossen, darf Besuch nur von den nächsten Angehörigen empfangen. Auch Verteidigerbesuche werden praktisch unmöglich gemacht. Sie sollen in zwei voneinander getrennten Zellen stattfinden, zwischen denen eine Plexiglasscheibe mit Löchern lediglich Sichtkontakte erlaubt. „Verständigung" ist nur durch Schreien möglich. Genosse Ronald und seine Verteidiger haben Besuche unter diesen Bedingungen abgelehnt. (Nach einer Pressemitteilung des Komitees gegen Folter an politischen Gefangenen in der BRD).

München:
Am 30. 7. beschlagnahmte die Polizei im Münchner Buchladen „Roter Morgen" die letzte Betriebszeitung der KPD/ML für die BMW-Arbeiter. In der Betriebszeitung war in einem Artikel über den BMW-Werkschutzprozeß das faschistische Vorgehen der Münchner Justiz angeprangert worden. Der presserechtlich Verantwortliche für die Betriebszeitung soll deshalb unter anderem wegen Verächtlichmachung und Beschimpfung der BRD und ihrer Staatsorgane angeklagt werden. Gleichzeitig beschlagnahmte die Polizei mehrere Exemplare des ROTEN MORGEN Nr. 26, 29 und 30, sowie unter anderem eine Schachtel mit Anstecknadeln: Sofortige Einbürgerung von Sascha Haschemi! Die unverschämte „Begründung": diese Anstecker seien zur Verbreitung bestimmt und hätten kein Impressum. Ein Genosse, der während der Durchsuchung des Buchladens draußen mit einer Schachtel Flugblätter gegen das persische Schahregime vorbeiging, mußte seine Personalien angeben, die Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Ab sofort gilt als Spendenkonto der KPD/ML zur Unterstützung politisch Verfolgter das unten angegebene Konto. Wir bitten unsere Leser, ab sofort auf das Konto Karin Wagner, Dortmund, keine Beträge mehr einzuzahlen, da dieses Konto nicht mehr weitergeführt wird. Die neue Konto-Nr. lautet:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto:
Sparkasse Dortmund
Kto Nr. 321 004 547

Gespräch eines Vertreters der KPD/ML mit einem Mitglied der Führung der FRAP

Aus Anlaß des mit großem Reklamerummel gestarteten Aufrufs zur Bildung einer sogenannten „Demokratischen Junta" des spanischen Erzrevisionisten Santiago Carillo am 30. Juli in Paris, fand vor kurzem ein Gespräch zwischen einem Vertreter der KPD/ML und einem Mitglied der Führung der FRAP statt.

Der Vertreter der FRAP erklärte zur politischen Lage in Spanien unter anderem Folgendes: Alle Teile der spanischen Oligarchie wollten auf jeden Fall eine Fortsetzung des Faschismus auch über den Tod Francos hinaus. Bis vor kurzem hätten die US-Imperialisten und die spanische Oligarchie dabei auf die Karte des „Hampelmanns" Juan Carlos und den faschistischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco gesetzt. Nach der Hinrichtung Carrero Blancos vor etwa einem halben Jahr hätten der US-Imperialismus und die spanische Oligarchie die Unterdrükkung der revolutionären Kräfte des spanischen Volkes, vor allem der FRAP, aber auch der ETA, erheblich verschärft, um sich so reinen Tisch zu verschaffen für einen Faschismus ohne Franco. **Heute, so erklärte der Vertreter der FRAP, befinde sich jedoch das herrschende Regime in Spanien nach 33 Jahren faschistischer Unterdrückung erst recht in einer ausweglosen Lage.**

Die politische und wirtschaftliche Krise sei allzu deutlich. Und trotz der verschärften Unterdrückung hätten die Kämpfe des Volkes gerade in den letzten 6 Monaten enorm zugenommen. Die KPS/ML und die FRAP hätten in dieser Zeit, in der der US-Imperialismus und die spanische Lakaienoligarchie deren Liquidierung beabsichtigt hätten, ihnen einen dicken Strich durch die Rechnung gemacht, so sehr, daß der US-Imperialismus und die Oligarchie selber nicht mehr absolutes Vertrauen in ihre Marionette Juan Carlos hätten, der für sie die Fortsetzung des Faschismus ohne Franco garantieren sollte.

Die Rivalität und andererseits die Kollaboration der beiden Supermächte mache Spanien besonders wichtig für die Oberherrschaft über den gesamten Mittelmeerraum. **Beide, der US-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, seien sich jedoch einig, wenn es darum gehe, die spanischen Völker und ihren Kampf zu unterdrücken.**

In einer solchen Situation sei von den beiden Supermächten, vor allem jedoch vom US-Imperialismus, die Karte des Revisionismus gezogen worden. In einer Pressekonferenz in Paris habe Carillo und Calvo Serer im Einverständnis mit den US-Imperialisten und seinen Lakaien, der spanischen Oligarchie, ein 12-Punkte-Programm für eine sogenannte „Demokratische Junta" veröffentlicht. Der Vertreter der FRAP machte im Folgenden den Charakter und die Perspektiven einer solchen „Junta" deutlich. Calvo Serer sei ein direkter Agent des US-Imperialismus, Mitglied von „Opus Dei", einer Vereinigung jesuitischer Technokraten.

Die von Carillo und Calvo Serer verlangte „Demokratische Junta" solle die Clique um Carillo und die Comisiones Obreras, die jedoch im Landesinneren kaum noch eine Rolle spielten, umfassen. Weiter, als dritte Kraft, einige Carlisten; letztere seien ultrarechte Elemente, denen Carillo sozialistische Tendenzen zuschreibe; ferner seien einige Reste der sozialistischen Partei erwähnt worden, die jedoch bisher noch nirgendwo innerhalb Spaniens aufgetreten seien. Carillo und Co. stünden auch mit der faschistischen Armee in ständigem Kontakt. **Insgesamt, so betonte der Vertreter der FRAP, repräsentiere diese „Demokratische Junta" jedoch praktisch überhaupt keine reale politische Kraft in Spanien selber, abgesehen davon, daß in ihr direkte Vertreter der Großfinanz und der Großindustrie vertreten seien.**

Mit der Bildung einer „Demokratischen Junta" versuche der US-Imperialismus und die Oligarchie, sich ein weiteres Eisen im Feuer zu halten, um sich im gegebenen Augenblick ein „demokratisches" Mäntelchen umhängen zu können. Im Ansatz sei dies ein Versuch, das gleiche Manöver wie in Portugal und in Griechenland durchzuführen. **Dafür seien jedoch die Bedingungen in Spanien sehr verschieden.**

In Spanien sei es für den US-Imperialismus sehr schwer, gegen die von der KPS/ML und der FRAP in immer größerem Ausmaß angeführten Kämpfe der Volksmassen seine Macht aufrecht zu erhalten. In diesen Kämpfen hätten schon lange die Arbeiterklasse und die Bauernschaft die Führung inne. Eine Regierung in Form der carillistischen „Demokratischen Junta" ginge voll und ganz an dem Bewußtsein und an den Interessen des spanischen Volkes vorbei; denn das spanische Volk wolle nicht eine Fortsetzung des Faschismus ohne Franco, ganz gleich ob das nun in der Form einer Monarchie mit dem Bourbonen Juan Carlos oder mit der Krücke der carillistischen „Demokratischen Junta" geschehe.

Dieser Haß des spanischen Volkes gegen jede Art von Faschismus sei dem US-Imperialismus und seinen Lakaien in Spanien auch genau bekannt. Schließlich verfüge das spanische Volk über reiche Kampftraditionen aus dem nationalrevolutionären Befreiungskrieg gegen die faschistische Erhebung von 1936 und zur Verteidigung der Republik. Das spanische Volk sei durch und durch republikanisch gesinnt, wofür der Vertreter der FRAP viele Beispiele anführte. Heute befinde sich Spanien in einer vorrevolutionären Situation. **Alle diese Bedingungen, sagte er, machten es dem US-Imperialismus sehr schwer, auch in Spanien den Weg Griechenlands oder Portugals einzuschlagen.**

Sollte wider Erwarten dennoch die carillistische „Demokratische Junta" vom US-Imperialismus und von der Oligarchie an die Macht gehievt werden, dann wisse das spanische Volk seine Chance wahrzunehmen und werde erst recht die einzige Alternative ergreifen, die die FRAP ihm mit dem 6-Punkte-Programm weise, nämlich eine föderative Volksrepublik unter der Führung der Arbeiter- und Bauernschaft zu errichten, den US-Imperialismus zu vertreiben und die faschistische Diktatur, in welcher Form auch immer, durch den revolutionären Volkskrieg zu stürzen.

Es lebe der proletarische Internationalismus

FÜR EIN VEREINTES UNABHÄNGIGES SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND

FÜR DIE FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK SPANIEN



Nieder mit der yankee-frankistischen Diktatur - Sieg im Volkskrieg

Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus - Vorwärts zur sozialistischen Revolution

STÄRKT DIE WELTWEITE ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT GEGEN DIE SUPERMÄCHTE, DEN US-IMPERIALISMUS UND DEN SOWJETISCHEN SOZIALIMPERIALISMUS

KPD/ML ROTE GARDE

PCE (M-L) JCE/ML

Rettet das Leben

der vier spanischen Kommunisten

Die yankeefrankistische Diktatur in Spanien plant einen neuen Mordanschlag. Gegen die Verhafteten des 1. und 2. Mai 1973, Dutzende von Antifaschisten und Mitgliedern der FRAP, die grausamen Folterungen ausgesetzt sind, wurden jetzt Gefängnisstrafen von 15-18 Jahren beantragt. VIER VON IHNEN – JOSE LUIS DIAZ FERNANDEZ, ENRIQUE AGUILAR BENITEZ DE LUGO, JESUS DIZ GOMEZ, JORGE DIZ GOMEZ – DIE BESCHULDIGT WERDEN, FÜHRENDE MITGLIEDER DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI SPANIENS/MARXISTEN-LENINISTEN (KPS/ML) ZU SEIN, DROHT DIE TODESSTRAFE.

Damit versucht die faschistische Franco-Diktatur ihren Verbrechen am spanischen Volk ein weiteres hinzuzusetzen. In den letzten Monaten wurden Tausende von Kommunisten, Antifaschisten und Patrioten verfolgt, eingekerkert, gefoltert und gemordet.
Besondere Empörung rief bei den Völkern der Welt der Mord an dem spanischen Bauarbeiter CIPRIANO MARTOS, MITGLIED DER REVOLUTIONÄREN, ANTIFASCHISTISCHEN, PATRIOTISCHEN FRONT (FRAP) und der KPS/ML, der im September 1973 in Francos Kerkern zu Tode gefoltert wurde, und die Erwürgung des Revolutionärs SALVADOR PUIG ANTICH mit der Garotte am 2. März dieses Jahres, hervor.
Die Francofaschisten hoffen mit diesem Terror, den Sturmschritt der spanischen Revolution aufhalten zu können.

Ihr Haß gilt vor allem der kommunistischen Vorhut, der KPS/ML und der von ihr geführten FRAP, die an der Spitze des revolutionären Kampfes der spanischen Völker zum Sturz der faschistischen Diktatur und der Vertreibung des Yankee-Imperialismus für eine FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK SPANIEN stehen.

Der US-Imperialismus und seine Lakaien, die Francofaschisten, die das spanische Volk ausplündern und blutig unterdrücken, wissen, daß ihre Herrschaft von dem revolutionären Aufschwung der Kämpfe der Volksmassen bedroht ist.

Auch ihr Manöver, den spanischen Völkern nach Franco die verhaßte Monarchie in Gestalt des Bourbonen Juan Carlos, der von den spanischen Völkern als „Hanswurst" bezeichnet wird, aufzuzwingen, wird scheitern.
NICHT YANKEE, NICHT FRANCO, NICHT KÖNIG – FÖDERATIVE VOLKSREPUBLIK!
Das ist die Losung des kämpfenden spanischen Volkes.

Scheitern wird auch der Versuch der Revisionistenclique der „K"PS um Carillo/Ibarruri, die schon lange den Kampf der spanischen Arbeiterklasse und den Kommunismus verraten haben und die spanischen Völker zum „Pakt für die Freiheit", zum Bündnis mit den „fortschrittlichen" Faschisten, für eine „Demokratische Junta in Spanien" aufrufen, um das Volk den Imperialisten und Faschisten ans Messer zu liefern.

Werktätige Deutschlands!

Wir rufen Euch auf: 4 der besten Söhne des spanischen Volkes sollen von den faschistischen Henkern ermordet werden. Übt Solidarität mit den kämpfenden spanischen Völkern, mit allen verfolgten Antifaschisten und Kommunisten in Spanien!
Der westdeutsche Imperialismus stützt das faschistische Regime in Spanien und nimmt an der Ausplünderung und der blutigen Unterdrückung der spanischen Völker teil. Erst kürzlich wurden 3 Antifaschisten in Düsseldorf zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt und sind von Abschiebung in Francos Kerker bedroht.

SOLIDARITÄT MIT DEM KAMPF DES SPANISCHEN VOLKES!
SOLIDARITÄT MIT DER KPS/ML UND DER FRAP!
ES LEBE DIE TRADITIONSREICHE FREUNDSCHAFT DES DEUTSCHEN UND SPANISCHEN VOLKES!
ES LEBE DER GEIST DER INTERNATIONALEN BRIGADEN!
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS!

BESTELLSCHEIN

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

ROTER MORGEN

Hiermit bestelle ich:

A) Probenummer ○ B) Abonnement ab Nr......

Name, Vorname ....

Beruf ....

Postleitzahl/Ort ....

Straße..........

(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum .... Unterschrift ....

Das Abonnement kostet für ein Jahr 25,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466 oder das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen.

Parteibüros der KPD/ML

BIELEFELD:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1. Öffnungszeiten: Do und Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 14.00 Uhr.

BREMEN:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Sa 9 – 13 Uhr. Mi: 16.00 - 19.00 Uhr.

DORTMUND:
Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231/41 13 50. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HAMBURG:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110. Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

HANNOVER:
Elisenstr. 20. Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr; Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

KIEL:
Reeperbahn 13. Tel.: 0431/74 762. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

LÜBECK:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MANNHEIM:
Lortzingstr. 5. Öffnungszeiten: Di: 16.00 – 18.30 Uhr, Do: 16.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

MÜNCHEN:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19. Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo. – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

STUTTGART:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107. Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr.

WESTBERLIN:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10. Tel.: 462 60 18 Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr.

Veranstaltungen:

Karlsruhe
Veranstaltung der KPD/ML zum 13. Jahrestag des Mauerbaus: „Nieder mit Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl – Deutschland dem deutschen Volk!"
Klubhaus Athletik, Sportverein Daxlanden, Karlsruhe-Daxlanden, Kornweg/Pfalzstr., 12. 8., 19 Uhr.

Köln
Gründungsveranstaltung der Roten Hilfe Köln: „Was will die Rote Hilfe?" 10. 8., 19 Uhr, Gaststätte „Musketier", Köln-Kalk, Kalker Hauptstraße 182.

Dortmund
Veranstaltung der Betriebszelle Hoesch-Dortmund gegen die politischen Entlassungen und zur Stahltarifrunde. 17. August, 19 Uhr, Jacobsschänke, Weißenburgerstr.